

Gemeinsam **Zukunft** sichern



Konzern

Geschäftsbericht

2021

Verka

Auf einen Blick

		2021	Veränderung	2020	2019	2018
Versicherte	Personen	37.373	-2.907	40.280	42.759	45.628
> Anwärter	Personen	18.544	-1.317	19.861	22.363	24.770
> Rentner	Personen	18.829	-1.590	20.419	20.396	20.858
Bilanzsumme	Mio. EUR	1.933,9	1,4 %	1.908,2	1.938,7	1.949,4
Kapitalanlagen	Mio. EUR	1.837,3	-0,2 %	1.840,2	1.892,7	1.912,9
Deckungsrückstellung	Mio. EUR	1.679,8	1,6 %	1.653,9	1.677,8	1.703,5
Beitragseinnahmen	Mio. EUR	95,7	106,3 %	46,4	45,7	44,5
> davon laufende Beiträge	Mio. EUR	38,1	2,7 %	37,1	36,7	35,6
> Einmalbeiträge	Mio. EUR	57,6	519,4 %	9,3	9,0	8,9
Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. EUR	58,9	20,4 %	48,9	52,3	55,9
> davon laufende Erträge	Mio. EUR	55,6	17,5 %	47,3	49,9	54,8
> a. o. Erträge	Mio. EUR	3,3	106,3 %	1,6	2,4	1,1
Versicherungsleistungen	Mio. EUR	55,2	-1,6 %	56,1	54,2	53,5
> davon Rentenleistungen	Mio. EUR	45,9	-1,5 %	46,6	47,5	47,5

Uns ist gendergerechte Sprache bzw. Schreibweise wichtig.
 Der besseren Lesbarkeit halber haben wir uns hier für die Verwendung des generischen Maskulinums entschieden.
 Wir denken und meinen damit aber immer alle Geschlechter!

Konzernabschluss 2021 und Konzernlagebericht

Konzernlagebericht	
Grundlagen des Konzerns	5
Wirtschaftsbericht	6
Personal- und Sozialbericht	15
Risikobericht	16
Prognosen- und Chancenbericht	28
<hr/>	
Konzernabschluss	
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021	30
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021	32
<hr/>	
Konzernanhang	
Grundsätze	34
Erläuterungen zur Konzernbilanz	39
Erläuterungen zur Konzerngewinn- und Verlustrechnung	44
Sonstige Angaben	46
<hr/>	
Konzern-Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021	49
<hr/>	
Konzern-Eigenkapitalpiegel zum 31. Dezember 2021	49
<hr/>	
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	50
<hr/>	
Bericht des Aufsichtsrates	54
<hr/>	

Konzernlagebericht

Grundlagen des Konzerns

Wirtschaftsbericht

Personal- und Sozialbericht

Risikobericht

Prognosen- und Chancenbericht

Grundlagen des Konzerns

Muttergesellschaft des Verka-Konzerns ist der Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG (Verka VK) mit Sitz in Berlin. Mit Ablauf des Geschäftsjahres 2021 legt der Verka VK einen konsolidierten Abschluss vor, in dem die hundertprozentige Tochtergesellschaft, die Verka PK Kirchliche Pensionskasse AG (Verka PK), einbezogen wurde.

Der Verka VK hält 100 % der Anteile an der Verka PK und ist damit alleiniger Aktionär.

Aufgrund größenabhängiger Befreiung von der Konzernrechnungslegungspflicht werden die beiden Tochtergesellschaften Verka Pensionsmanagement GmbH und Verka Invest GmbH nicht in den konsolidierten Abschluss einbezogen. Die Verka Invest GmbH wurde im Berichtsjahr aus aufsichtsrechtlichen Gründen veräußert.

Die Muttergesellschaft, Verka VK, betreibt als deregulierte Pensionskasse Rentenversicherung im Wege der Rückdeckungsversicherung und ist im Raum der evangelischen Kirche tätig. Darüber hinaus wurde mit Schreiben vom 7. Juni 2015 die Erlaubnis zum Betrieb der Sparte Geschäfte der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen erteilt. Die Bestände werden jeweils in besonderen Abrechnungsverbänden geführt.

Die Muttergesellschaft, Verka VK, betreibt als deregulierte Pensionskasse Rentenversicherung im Wege der Rückdeckungsversicherung und ist im Raum der evangelischen Kirche tätig. Darüber hinaus wurde mit Schreiben vom 7. Juni 2015 die Erlaubnis zum Betrieb der Sparte Geschäfte der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen erteilt. Die Bestände werden jeweils in besonderen Abrechnungsverbänden geführt.

Besondere Abrechnungsverbände bestehen für die

- › Zusatzversorgungskasse der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers,
- › Evangelische Kirche der Pfalz,
- › Evangelisch-reformierte Kirche,
- › Evangelisch-altreformierte Kirche in Niedersachsen,
- › Evangelisch-reformierte Kirche in Bayern,
- › Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck,
- › Evangelisch-methodistische Kirche,
- › Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz,
- › Evangelische Kirche in Deutschland (EKD).

Die Tochtergesellschaft, Verka PK, betreibt als deregulierte Pensionskasse die Renten- und Sterbegeldversicherung im Wege der Direkt- und Rückdeckungsversicherung und ist vornehmlich im Raum der evangelischen Kirche, der Diakonie und freien Wohlfahrtspflege tätig.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Wie schon 2020 hat der Kampf gegen das Coronavirus auch das Jahr 2021 geprägt. Darüber hinaus gab es weitere wichtige Ereignisse. Die USA haben mit Joe Biden einen neuen Präsidenten, die Ära Merkel ist zu Ende. Nach einer überraschenden Aufholjagd tritt Olaf Scholz (SPD) ihre Nachfolge an. Der Koalitionsvertrag 2021–2025 zwischen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP besagt auf Seite 73: „Neben der gesetzlichen Rente bleiben die betriebliche wie private Altersvorsorge wichtig für ein gutes Leben im Alter. Die betriebliche Altersversorgung wollen wir stärken, unter anderem durch die Erlaubnis von Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen.“ Und auch auf Seite 137 gab es Erfreuliches zu lesen: „Auch für kleine Versicherungsunternehmen und Pensionskassen wollen wir für eine stärker proportionale Regulierung sorgen.“ Vielversprechende Worte, denen hoffentlich überzeugende Taten folgen werden. Denn eins ist sicher, die Herausforderungen für Sparer bleiben. Die Inflation ist gekommen und sie wird bleiben. Denn selbst wenn der Krieg gegen die Ukraine beendet ist, sich die Wirtschaft normalisiert, und die Lieferengpässe abgebaut sind, ist mit Zweitrundeneffekten aus den Tarifverhandlungen, zu rechnen. Und nicht zuletzt erwarteten die Experten bereits vor dem Ausbruch des russischen Krieg gegen die Ukraine mittel- bis langfristige Preissteigerungen über Deglobalisierung, Dekarbonisierung und die demografische Entwicklung. Die hohe Staatsverschuldung und die konjunkturellen Auswirkungen der russischen Angriffe auf die Ukraine erlauben im Euroraum keine wirklich nennenswerte Zinserhöhung, so dass ein Großteil der festverzinslichen Anlagen weiterhin nicht die passivseitigen Verpflichtungen bedienen kann. Den Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge mehr Anlagemöglichkeiten mit höheren Renditen zu erlauben, oder die Regulatorik so zu verändern, so dass nicht mehr die Form der Anlage, sondern der Risikogehalt entscheidet, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Die aba (Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersvorsorge e.V.) hat bereits eine Arbeitsgruppe vor dem Hintergrund des Koalitionsvertrages eingerichtet. Damit ist die Vertretung der Interessen von Pensionskassen frühzeitig gesichert.

Das Jahr 2021 geht auch als das teuerste Naturgefahrenjahr für Versicherer in die Historie ein. Insgesamt 12,5 Mrd. EUR zahlten die Gesellschaften nach Angaben des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) an ihre Kunden für die Schäden, die vor allem das Unwetter „Bernd“ im Juli in Teilen von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen verursacht hat. Zeitgleich hat Europa laut EU-Daten den heißesten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnung erlebt. In Sizilien wurde im August mit 48,8 Grad Celsius die höchste je in Europa gemessene Temperatur ermittelt.

Die Ergebnisse des fünften Sachstandberichtes des Weltklimarates sind eindeutig. Der gegenwärtige Klimawandel ist Fakt und beruht vorwiegend auf menschlichen Einflüssen. Den Klimawandel aufzuhalten ist eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit.

Um dieser Herausforderung zu begegnen hat die Synode der EKD hat in der 45. Kalenderwoche 2021 einen weitreichenden Klima-Beschluss verabschiedet, in dem sie eine datenbasierte Roadmap für einen verbindlichen Prozess zur Klimaneutralität für die EKD fordert. Die Strategie soll jährliche Etapenziele mit verbindlichen Überprüfungs- und Anpassungsmechanismen enthalten. Als Einrichtung für die kirchliche Vorsorge hat sich auch der Verka VK Vorgaben gegeben, welche die Ziele des Pariser Klimaabkommens unterstützen. Dabei geht es nicht allein um die freiwillige Berücksichtigung der christlichen Verantwortung, welche insbesondere mit der Kapitalanlage in Bezug auf ökologische und soziale Aspekte verbunden ist. Ziel ist auch, solche Emittenten, Anlageklassen und Märkte zu identifizieren, bei welchen

aufgrund von Klimarisiken in Zukunft erhöhte wirtschaftliche oder politische Risiken zu erwarten sind. Diese materialisieren sich zum Beispiel durch Risiken in der Lage bei Immobilien (Hochwassergebiete), politischen Unruhen ausgelöst durch Nahrungsmittelknappheit (Dürre) und weiteren vulnerablen Schlüsselfaktoren wie Wasser, Infrastruktur, Ökosysteme sowie Gesundheit.

Durch die immer besser werdende Datenverfügbarkeit ist der Verka-Konzern in der Lage, die Klimarisiken in den Portfolien zu messen und zu steuern sowie gleichzeitig Unternehmen und Staaten zu bevorzugen, die sich für Klimaneutralität einsetzen. Kehrseite der Datenverfügbarkeit ist der Anstieg der kostenintensiven regulatorischen Anforderungen. So hat die EU Kommission am 21. April 2021 einen Vorschlag zur Erweiterung der Nachhaltigkeitsberichterstattung von den Unternehmen (Corporate Sustainability Reporting Directive, kurz CSRD) vorgelegt. Hier werden erneut Anwendungsbereich und inhaltliche Anforderungen im Vergleich zu den bereits bestehenden „Nichtfinanziellen Erklärungen“ erweitert. Einerseits erfreulich, dass sich die Verfügbarkeit von Daten und Informationen immer weiter verbessert. Andererseits werden auch Pensionskassen und kleinere Versicherer betroffen sein. Neben Transparenz-, Offenlegungsverordnung, EZB-EIOPA Berichtspflichten und der anstehenden einheitlichen Rentenauskunft kommen damit innerhalb von wenigen Jahren erhebliche weitere regulatorische Anforderung auf die Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (bAV) zu. Die direkten und indirekten regulatorischen Kosten werden also steigen und das vor einem herausfordernden Kapitalanlageumfeld. Die Kosteneffizienz über alle Prozesse gewinnt damit zunehmend an Bedeutung. Der Erhalt oder das Erreichen einer kritischen Größe ebenfalls. Der Vorstand des Vereines und seiner Töchter ist sich dieser Situation bewusst, er beobachtet das gesetzgeberische Umfeld und die regulatorischen Anforderungen dauernd und setzt notwendige Maßnahmen zeitnah um. Die Kostensituation ist unter enger Beobachtung und Gegenstand strategischer Optimierungen. Gleichzeitig sondiert der Vorstand Wachstumspotentiale und richtet die Geschäftsstrategie eng an der künftigen Entwicklung aus.

Die Weltwirtschaft ist im Jahr 2021 nach dem drastischen Einbruch im Vorjahr um voraussichtlich sechs Prozent gewachsen. Die USA und China haben das Vorkrisenniveau bereits hinter sich gelassen. Die übrigen großen Wirtschaftsnationen hinken hinterher. Das Bruttoinlandsprodukt der Eurozone liegt etwa 2 % unter dem Niveau von 2019, im Vereinigten Königreich sind es sogar fast 4 %. Damit verschieben sich weiterhin die Gewichte in Richtung der Supermächte USA und China. USA hält rund 24 % an der Weltwirtschaftsleistung, China 18 %. Die Finanzmärkte schauten im Berichtsjahr nach vorne. Steigende Infektionszahlen, neue Mutanten und am Ende die Boten der Inflation führten nicht mehr zu starken Rückschlägen. Der MSCI Weltindex schloss mit einem Plus von 31 %, der Dax mit gut 16 %. Der US-Dollar gewann um 7 % an Wert gegenüber dem Vorjahr. Lediglich die Rentenmärkte verloren. Der REXP schloss das Jahr mit - 1,7 % ab.

Bei den Pensionskassen zeigte sich die Lage 2021 eingetrübt. Nach Angaben des GDV ging die Anzahl der Versicherten um 2 % zurück. Die laufenden Beiträge schrumpften um gut 5 % und auch die Beitragssumme des Neugeschäftes sank gegenüber dem Vorjahr um fast 13 %.

Geschäftsverlauf und Lage

Für den Verka-Konzern war das Jahr 2021 weiterhin geprägt von der Corona-Pandemie. Die Mitarbeiter arbeiten seit März 2020 je nach Berliner Inzidenz überwiegend von zu Hause aus. Alle Sitzungen, Abstimmungen und Prozesse verlaufen reibungslos und routiniert, so dass der Geschäftsbetrieb nicht beeinträchtigt war. Mit dieser Maßnahme haben der Verein und seine Tochter auch im Jahr 2021 einen kleinen Beitrag zur Eindämmung der Pandemie in der Belegschaft und ihrer Angehörigen geleistet. Durch die entstandenen Kontaktbeschränkungen war ein sehr niedriger Krankenstand zu verzeichnen.

Dies änderte sich auch nicht in den Wintermonaten bei sehr hohen Inzidenzen. Der Geschäftsbetrieb war damit zu keinem Zeitpunkt durch vermehrte krankheitsbedingte Ausfälle gefährdet oder gestört.

Die Beziehung zu den Landeskirchen und zur EKD basiert auf einer vertrauensvollen Zusammenarbeit und intensiver Kommunikation über die Situation des Vereins. Dies kam entgegen dem allgemeinen Branchentrend in gestiegenen laufenden Beiträgen und Einmalbeiträgen von zwei Landeskirchen zum Ausdruck. Planmäßig kam es weiterhin auf Basis der Vereinbarung mit einer Landeskirche zur Auflösung von Deckungsrückstellung in Höhe von 29,1 Mio. EUR.

Auch die Tochtergesellschaft Verka PK verzeichnete um 1,9 Mio. EUR gestiegene Bruttobeiträge. Die Veränderung im Vergleich zum Vorjahr resultierte im Wesentlichen aus gestiegenen Einmalbeiträgen. Die vertrieblichen Aktivitäten verliefen trotz eingeschränkter persönlicher Kontaktmöglichkeiten planmäßig.

Die Kosten für die Verwaltung des Versicherungsbetriebes sind um 355 TEUR auf 3.282 TEUR gestiegen. Begründet ist dies in der Abschreibung einer Softwareentwicklung, die nicht in den Betrieb genommen wurde (in Höhe von 893 TEUR). Bereinigt um diesen einmaligen Sondereffekt sanken die Kosten für die Verwaltung des Versicherungsbetriebes leicht. Der Vorstand hat die Kostensituation im Geschäftsjahr analysiert und erarbeitet derzeit Maßnahmen. Den Einfluss der Inflation und der anstehenden Tarifabschlüsse in der Versicherungsbranche kann sich der Verein allerdings genau so wenig entziehen, wie den stark gestiegenen Anforderungen aus den gesetzlichen Aktivitäten und der Regulatorik.

Die Geschäftsentwicklung im Konzern kann vor diesem Hintergrund als befriedigend beschrieben werden, wobei das niedrige Zinsniveau „naturbedingt“ zu weiter rückläufigen Zinserträgen aus Kapitalanlagen führte. Im Gegenzug konnten insbesondere den Aktiensondervermögen höhere Erträge entnommen werden und auch die alternativen Investments tragen zunehmend zum Ergebnis bei. Die stillen Reserven stiegen von 144,1 Mio. EUR auf 146,6 Mio. EUR und dienen der Stabilisierung der Geschäftsergebnisse in den kommenden Jahren. Belastet wird das Konzernergebnis durch eine gestiegene Zuführung zur Zinszusatzreserve (ZZR). Die Zuführung erhöhte sich von 14,0 Mio. EUR im Vorjahr auf 14,9 Mio. EUR.

Im Geschäftsjahr konnte ein Konzern-Rohüberschuss in Höhe von 52,2 Mio. EUR erzielt werden.

Versichertenbestand

Zum 31. Dezember 2021 waren 18.544 (Vj. 19.861) Anwärter und 18.829 (Vj. 20.419) Rentner und damit insgesamt 37.373 (Vj. 40.280) Personen bei den Konzernunternehmen versichert.

Ertragslage

Im Geschäftsjahr waren im Konzern Beitragseinnahmen in Höhe von 95,7 Mio. EUR (Vj. 46,4 Mio. EUR) zu verzeichnen. Die Erhöhung der Beiträge begründet sich hauptsächlich durch Steigerungen der Einmalbeiträge beim Verka VK.

Die Gesamterträge aus Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 20,9 % auf 59,1 Mio. EUR (Vj. 48,9 Mio. EUR) gestiegen. Die laufenden Erträge haben sich um 17,5 % auf 55,6 Mio. EUR (Vj. 47,3 Mio. EUR) erhöht. Der Anstieg resultiert in erster Linie aus einer Erhöhung der laufenden Ertragsausschüttungen aus Wertpapier-Sondervermögen auf 24,6 Mio. EUR (Vj. 16,9 Mio. EUR), während die Zinserträge in Anbetracht des nach wie vor extrem niedrigen Zinsniveaus weiter leicht auf 18,2 Mio. EUR (Vj. 19,8 Mio. EUR) abnahmen. Die laufenden Erträge aus Immobilien-Sondervermögen sind dagegen in Anbetracht eines Sondereffekts im Vorjahr gesunken auf 6,5 Mio. EUR (Vj. 8,5 Mio. EUR). Die in den vergangenen Jahren dotierten Fonds für Wohn- und Gewerbeimmobilien entwickeln sich weiter überwiegend positiv. In Anbetracht der im Berichtsjahr beschlossenen Erhöhung der strategischen Ziel-Immobilienquote beim Verka VK von 10 % auf 15 % ist mittelfristig von einer deutlichen Steigerung der Erträge aus Immobilien-Sondervermögen auszugehen. Die Erträge aus alternativen Investments in Form von Beteiligungen und Genussrechten sind deutlich auf 5,9 Mio. EUR angestiegen (Vj. 1,7 Mio. EUR), da ein Großteil der Investments zunehmend die sogenannte „J-Curve“ verlässt und sich seiner Zielrendite annähert. In Anbetracht zum Teil noch offener Zeichnungszusagen und potenzieller Neuzeichnungen werden die Erträge in diesem Bereich in den kommenden Jahren voraussichtlich sukzessive weiter ansteigen.

Die im Berichtsjahr angefallenen Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von insgesamt 3,3 Mio. EUR (Vj. 1,6 Mio. EUR) resultieren aus dem Abgang von Beteiligungen, Inhaberschuldverschreibungen und Investmentanteilen. Im Berichtsjahr wurden darüber hinaus keine die Zukunft belastenden Reserverealisierungen zum Zwecke der Ergebnissteuerung vorgenommen. Zuschreibungen gemäß § 253 Abs. 5 HGB waren in Höhe von 0,2 Mio. EUR auf Investmentanteile vorzunehmen (Vj. weniger als 1 TEUR).

Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen sind im Berichtsjahr in Höhe von 0,1 Mio. EUR angefallen (Vj. 0 EUR). Diese betrafen Beteiligungen, Inhaberschuldverschreibungen und Investmentanteile. Abschreibungen sind in Höhe von 10,7 Mio. EUR (Vj. 14,0 Mio. EUR) erfolgt. Diese resultieren aus Wertberichtigungen auf Investmentanteile und Genussrechte sowie aus der Regelabschreibung auf die selbstgenutzte Büroimmobilie.

Versicherungsleistungen

Die Versicherungsleistungen ohne Regulierungsaufwendungen betragen im Geschäftsjahr insgesamt 55,2 Mio. EUR (Vj. 56,1 Mio. EUR). Die Leistungen verteilen sich auf die zwei Konzernunternehmen wie folgt:

	Verka PK Kirchliche Pensionskasse AG 2021 Mio. EUR	Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG 2021 Mio. EUR	Verka PK Kirchliche Pensionskasse AG 2020 Mio. EUR	Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG 2020 Mio. EUR
laufende Renten				
Altersrenten	14,2	26,6	13,9	27,7
Berufs- /Erwerbsunfähigkeitsrenten	0,5	0,0	0,5	0,0
Witwen-/Witwer-/Waisenrenten	0,6	4,0	0,6	3,9
	15,3	30,6	15,0	31,6
Kapitalleistungen				
Kapitalabfindungen und andere Kapitalleistungen	7,7	0,0	6,3	0,0
Rückkäufe	0,7	0,9	1,0	2,2
	8,4	0,9	7,3	2,2
Versicherungsleistungen	23,7	31,5	22,3	33,8

Verwaltungskosten

Die Verwaltungskostenquote (Verwaltungsaufwendungen 2,2 Mio. EUR (Vj. 2,0 Mio. EUR) im Verhältnis zu gebuchten Beiträgen) beträgt im Konzern 2,3 % (Vj. 4,4 %), somit hat sich unsere Erwartung bestätigt. Der Rückgang der Verwaltungskostenquote erfolgte durch einen deutlichen Anstieg der Einmalbeiträge.

Konzernergebnis

Die Gesellschaften des Konzerns erwirtschafteten im Berichtsjahr einen Rohüberschuss in Höhe von insgesamt 52,2 Mio. EUR (Vj. 37,3 Mio. EUR). Davon wurden 50,8 Mio. EUR (Vj. 36,6 Mio. EUR) in die Rückstellung für Beitragsrückerstattung eingestellt, 0,3 Mio. EUR (Vj. 0,3 Mio. EUR) im Wege der Direktgutschrift an die Versicherungsnehmer ausgezahlt und 0,7 Mio. EUR (Vj. 0,2 Mio. EUR) der Verlustrücklage und 0,4 Mio. EUR (Vj. 0,2 Mio. EUR) den anderen Gewinnrücklagen zugeführt. Damit verbleibt ein ausgeglichenes Konzernbilanzergebnis. Somit sind unsere Erwartungen diesbezüglich erfüllt worden.

Finanz- und Vermögenslage

Kapitalanlagen

Die Mischung aus Impffortschritten, expansiver Geldpolitik, staatlicher Unterstützung sowie Aufholeffekten hat im Jahr 2021 zu einer starken, jedoch heterogenen konjunkturellen Erholung geführt und die Finanzmärkte über weite Strecken beflügelt. Vor allem Aktien, Rohstoffe und Immobilienmärkte profitierten und verzeichneten im Jahresverlauf neue Höchststände, während die Renditen von Staatsanleihen leicht anstiegen. Die Risikoprämien für Corporate Bonds tendierten mehrheitlich seitwärts und wurden durch die Aufstockung und Verlängerung des Pandemie-Notfallankaufprogramms der EZB (PEPP bis März 2022) unterstützt. Erst zum Ende des Jahres weiteten sich die Spreads als Folge der neuen Corona-Variante Omikron und neu auftkommender Sorgen und Unsicherheiten leicht aus. Der Nachfrageüberhang aus der Corona-Pandemie in Kombination mit unterbrochenen Liefer- und Logistikketten führte weltweit zu Preissteigerungen und in den USA und Deutschland im Jahresverlauf zu den höchsten Inflationsraten seit über dreißig Jahren. Während die Fed von hartnäckiger Inflation spricht und das Reduzieren der quantitativen Lockerung beschleunigt, bleibt die EZB bei der Einschätzung von einem nur vorübergehenden Inflationsanstieg und sieht sich in ihrer Geldpolitik weiterhin bestätigt. Der befürchtete Anstieg der Ausfälle und Insolvenzen blieb vorerst aus, was auf die Notfallprogramme der Regierungen sowie Insolvenzmoratorien zurückzuführen ist, womit die Risiken bei vielen Unternehmen und damit implizit auch bei den finanzierenden Banken mit Blick auf die Zukunft weiter ansteigen dürften. Die starke Revision der Ausfallraten erscheint jedenfalls sehr optimistisch. Als potenzieller Wendepunkt könnte sich das allmähliche Auslaufen der Sondermaßnahmen erweisen. Für das Jahr 2022 ist insbesondere vor dem Hintergrund des russischen Krieges gegen die Ukraine und den daraus resultierenden geopolitischen und konjunkturellen Risiken von weiterhin – in Relation zu den fiskalpolitischen Zielen der Notenbanken – erhöhten Inflationsraten und niedrigen Zinsen auszugehen – insbesondere Rohstoffknappheit, weiter merklich anziehende Energiepreise und nur eingeschränkt funktionierende Lieferketten drücken auf die Stimmung und belasten den Ausblick auf die Kapitalmärkte. Die Entwicklung an den Aktienmärkten wird vor diesem Hintergrund – auch mit Blick auf mitunter bereits hohe Bewertungen und weiterhin bestehende Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie – voraussichtlich vorerst volatil bleiben. Mittelfristig wird die Nachfrage nach Aktien auch in Anbetracht mangelnder Anlagealternativen voraussichtlich wieder ansteigen. Der Verkauf von Aktien ist nur in sehr geringem Maße in russische Aktien und Unternehmensanleihen nicht-staatlicher Unternehmen investiert und hat bereits im Februar 2022 begonnen, die Bestände abzubauen. Somit ist derzeit nahezu ausschließlich von mittelbaren Auswirkungen der Krise auf das Anlagenportfolio in Bezug auf Kursrückgänge am Aktienmarkt und ggf. steigende Zinsen auszugehen. Im anhaltenden Niedrigzinsumfeld dürften sich auch (insbesondere Core-) Immobilien in der Eurozone insgesamt weiterhin stabil entwickeln, „Problemsektoren“ wie Hotel- und Einzelhandelsimmobilien werden sich aber voraussichtlich nur langsam erholen. Erfolgversprechend scheinen dagegen Logistik- und Industrie-, mit Abstrichen und nur im Falle zeitgemäßer Nutzungskonzepte Büro-, aber auch weiterhin Wohnimmobilien. Alternative Investments können – auch mit Blick auf Nachhaltigkeitsfragen – sinnvolle Diversifikationsmöglichkeiten bieten, sofern die Risiko-Ertragsprofile zur Risikotragfähigkeit passen. In einem Umfeld verstärkter konjunktureller und fiskalpolitischer Unsicherheit mit einem zunehmenden Risiko steigender Zinsen sind jedoch auch hier volatile Entwicklungen in den nächsten Jahren zu erwarten. Private-Equity- und Private-Debt-Investments erfreuen sich im Kreis der institutionellen Investoren weiter zunehmender Beliebtheit. Weniger transparente Anlagen oder Investments, die die „falschen“ Sektoren bedienen, können jedoch schnell zu Belastungsfaktoren für das Portfolio werden.

Vor diesem Hintergrund hat der Konzern im Berichtsjahr seine Maßnahmen zur Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten fortgesetzt und die Diversifikation, insbesondere durch Investitionen in nachhaltige alternative Anlagen abseits der klassischen und konventionellen Renten- und Aktienanlage unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit weiter umsichtig erhöht und Weichen gestellt, auch zukünftigen Herausforderungen am Kapitalmarkt gewachsen zu sein. Bei der Auswahl sämtlicher Neuinvestitionen wurde und wird strikt auf die Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien der Verka geachtet. Diese sind explizit in den Anlagegrundsätzen verankert und impliziter Bestandteil der Kapitalanlagestrategie. Die Verka sieht die Nachhaltigkeit der Kapitalanlagen als gleichberechtigten Anlagegrundsatz neben der Sicherheit bzw. Qualität, Rentabilität und Liquidität der Investments unter Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung innerhalb des Anlagenportfolios. Die Aufnahme in die „PRI ESG Leaders' Group“ im Jahr 2019 als einem von zwei Asset-Ownern in Deutschland zeigt, dass sich die Verka auf dem richtigen Weg befindet und stellt zugleich Anreiz für die Zukunft dar, sich auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten fortlaufend weiterzuentwickeln. Schnittstellenthemen zum Risikomanagement etwa in Bezug auf Klimastresstests, die Berücksichtigung von ESG-Aspekten im Rahmen von ALM-Studien sowie last but not least die Umsetzung der Anforderungen aus der EU-Offenlegungs- und -Taxonomie-Verordnung beschäftigen die Verka zunehmend.

Die Konzernunternehmen haben zum weiteren Aufbau des Private-Debt-Portfolios im Berichtsjahr ihre Zeichnungszusagen für einen auf deutsche Wohnimmobilien fokussierten Real-Estate-Debt-Fonds um 10,0 Mio. EUR auf 17,0 Mio. EUR erhöht. Der Fonds investiert überwiegend in nachhaltige Neubau- und Sanierungsprojekte in Form von besicherten Zwischenfinanzierungen. Zum Bilanzstichtag war das gezeichnete Kapital bereits vollständig abgerufen.

In Anbetracht der Erhöhung der strategischen Zielquote für Immobilieninvestments beim Verka VK von 10 % auf 15 % hat der Konzern im Berichtsjahr einen Immobilien-Consultant beauftragt, der beratend tätig wird im Hinblick auf die Optimierung der Immobilien-Anlagestrategie einschließlich einer Analyse des Bestandsportfolios und die konkrete Auswahl der Immobilienthemen und -fonds für zukünftige Investments bis zur Erreichung der Zielquote. Neuinvestitionen sollen in den Bereichen Logistik, Health-Care-Immobilien, Wohnen und Büro erfolgen, wobei jeweils zeitgemäße moderne Nutzungskonzepte vorausgesetzt werden. Ein erstes Auswahlverfahren ist bereits in Bezug auf Logistikkapitalinvestments erfolgt, die Zeichnung zweier entsprechender Fonds soll Anfang 2022 erfolgen. Für 2022 ist überdies die Erstellung einer Studie zur Optimierung der strategischen Asset-Allokation in Bezug auf die Anlagenportfolios der Konzernunternehmen geplant.

Weitere Zugänge waren im Berichtsjahr infolge diverser Capital Calls der bereits in den Vorjahren gezeichneten alternativen Investmentfonds und Immobilien-Sondervermögen zu verzeichnen. Dem gegenüber standen Abgänge aus planmäßigen Fälligkeiten, Kündigungen und Verkäufen verzinslicher Anlagen aus Risikogründen sowie Kapitalrückzahlungen aus Beteiligungen und Immobilien-Sondervermögen.

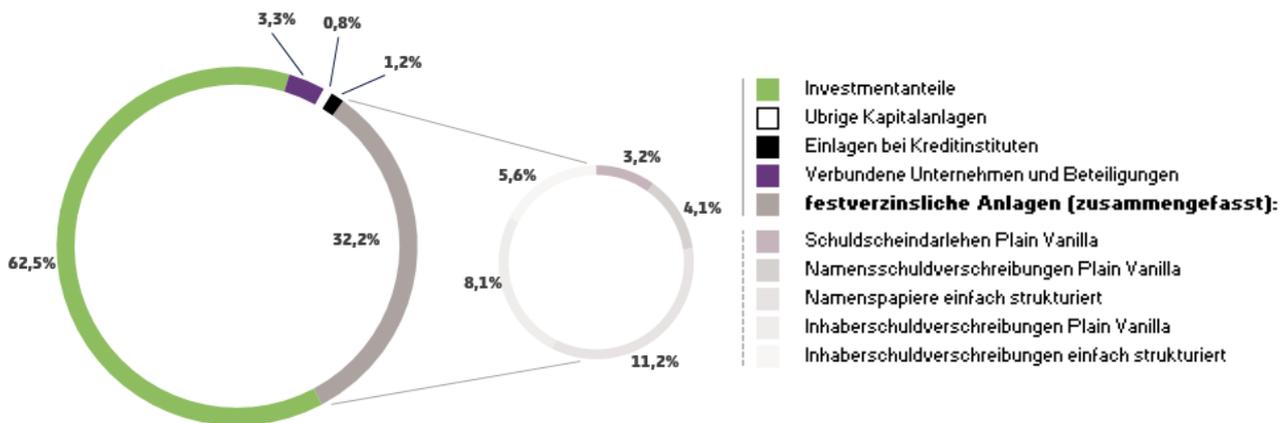
Der im Jahr 2019 im Zuge der Einführung fondsgebundener Rentenversicherungsprodukte eingerichtete Dispositionsstock mit Publikumsfondsanteilen für eigene Rechnung belief sich zum Bilanzstichtag auf 18 TEUR (Vj. 15 TEUR). Der Fondsbestand für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice belief sich zum Bilanzstichtag auf 16 TEUR (Vj. 5 TEUR).

Der Saldo aus Zu- und Abgängen aus dem Kapitalanlagenportfolio des Verka VK war im Berichtsjahr in Anbetracht eines größeren Einmalbeitrags der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz i.H.v. 43,0 Mio. EUR trotz negativen Saldos aus Beitragseinnahmen und Leistungsauszahlun-

gen, der planmäßigen Teilauflösung eines Rückdeckungsvertrages zugunsten der Geschäftssparte „Verwaltung von Versorgungseinrichtungen“ sowie der liquiditätswirksamen Verlustübernahme für die hundertprozentige Tochtergesellschaft Verka PK im Rahmen des bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags mit 2,7 Mio. EUR positiv (Vj. -41,0 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung von Zu- und Abschreibungen belief sich die Veränderung des Kapitalanlagenvolumens insgesamt auf -5,6 Mio. EUR (Vj. -72,9 Mio. EUR), was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,4 % (Vj. -5,5 %) auf 1.256,0 Mio. EUR (Vj. 1.261,6 Mio. EUR) entsprach.

Der Saldo aus Zu- und Abgängen aus dem Kapitalanlagenportfolio des Konzerns für eigene Rechnung war im Berichtsjahr in Anbetracht eines größeren Einmalbeitrags der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz i.H.v. 43,0 Mio. EUR trotz der planmäßigen Teilauflösung eines Rückdeckungsvertrages zugunsten der Geschäftssparte „Verwaltung von Versorgungseinrichtungen“ mit 7,6 Mio. EUR positiv (Vj. -38,5 Mio. EUR). Unter Berücksichtigung von Zu- und Abschreibungen belief sich die Veränderung des Kapitalanlagenvolumens insgesamt auf -2,9 Mio. EUR (Vj. -52,5 Mio. EUR), was einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % (Vj. 2,8 %) auf 1.837,3 Mio. EUR (Vj. 1.840,2 Mio. EUR) entsprach.

Die Kapitalanlagen waren per 31. Dezember 2021 wie folgt in die unterschiedlichen Assetklassen allokiert:



Der Anteil der **Investmentanteile** ist auf 62,5 % (Vj. 61,2 %) angestiegen. Ursächlich hierfür waren in erster Linie die Aufstockung der Investition in einen Real-Estate-Debt-Fonds sowie diverse Kapitalabrufe zur Erfüllung offener Kapitalzusagen. Die aus den Sondervermögen mit Aktien-Exposure resultierende ökonomische Aktienquote ist mit 9,2 % (Vj. 7,5 %) nach Zeitwerten bzw. 9,1 % (Vj. 8,0 %) nach Buchwerten im Vergleich zum Vorjahr moderat angestiegen und liegt inzwischen leicht oberhalb der langfristigen strategischen Zielquote von 10 %. Ursächlich hierfür war neben der sehr positiven Marktentwicklung die Adjustierung der Wertsicherungskonzepte, mit dem Ziel, auch an positiven Marktentwicklungen unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit adäquat zu partizipieren. Das sich aus den Wertpapierfonds mit Aktien-Exposure ergebende Aktienkursverlustrisiko ist langfristig durch verschiedene Wertsicherungskonzepte weitgehend abgesichert. Die Wertsicherung erfolgt durch ein langfristiges Optionssicherungskonzept bzw. durch die explizite Vorgabe von Wertuntergrenzen und daraus resultierende Risikopuffer, wobei das Aktienexposure i.d.R. in adversen Marktphasen durch den Verkauf von Future-Kontrakten temporär reduziert wird.

Ein weiterer Schwerpunkt der Kapitalanlage sind weiterhin mit 32,2 % (Vj. 31,6 %) **festverzinsliche Anlagen** im Direktbestand (ohne Einlagen bei Kreditinstituten).

Der Bestand der **Inhaberschuldverschreibungen** ist mit 13,8 % im Vergleich zum Vorjahr (13,0 %) durch entsprechende Neuanlagen leicht angestiegen. Während der Anteil der Plain-Vanilla-Bonds auf 8,1 % gestiegen ist (Vj. 7,1 %), nahm der Anteil der einfach strukturierten Inhaberschuldverschreibungen aufgrund von Fälligkeiten und Emittentenkündigungen leicht auf 5,6 % ab (Vj. 5,9 %). Abgängen im Volumen von 22,9 Mio. EUR standen Zugänge im Volumen von 36,3 Mio. EUR sowie Zero-Zuschreibungen im Volumen von 0,9 Mio. EUR gegenüber.

Der Anteil der **Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen** (ohne Nachträge) ist mit 18,4 % (Vj. 19,0 %) leicht gesunken. Während der Anteil der einfach strukturierten sowie ABS-/CLN-Namensstapel auf 11,2 % (Vj. 11,7 %) zurückging, blieb der Anteil der Plain-Vanilla-Namensschuldverschreibungen und -Schuldscheindarlehen mit 7,2 % nahezu konstant (Vj. 7,3 %). Das Neu- und Wiederanlagevolumen war mit Blick auf das nach wie vor außerordentlich niedrige Zinsniveau sowie die nur eingeschränkt zur Verfügung stehende freie Liquidität mit insgesamt 10,0 Mio. EUR (Vj. 26,8 Mio. EUR) im Verhältnis zum noch immer vergleichsweise hohen Anteil der sonstigen Ausleihungen am Gesamtvermögen sehr gering.

Das **Financial Exposure** im Fixed-Income-Bereich bezogen auf den Gesamtanlagebestand wurde zur weiteren Risikodiversifizierung im Berichtsjahr weiter auf 32,5 % (Vj. 34,6 %) zugunsten anderer Anlagen bzw. Emittenten im Wege der Portfoliodiversifikation reduziert.

Die bestehenden Restforderungen aus **Grundschulddarlehen** sind im Berichtsjahr vollständig abgegangen (Vj. deutlich unter 0,1 % der gesamten Kapitalanlagen). Das aktive Darlehensgeschäft wurde aus geschäftspolitischen Gründen im Jahr 2010 eingestellt und der Bestand in der Folge planmäßig abgewickelt.

Der Anteil der **Einlagen bei Kreditinstituten** wurde auch mit Blick auf die negativen Einlagensätze deutlich auf 1,2 % (Vj. 2,4 %) reduziert. Hier enthalten waren Mittel, die infolge der planmäßigen Teilauflösung eines Versicherungsvertrags zum 31. Dezember 2021 im Januar 2022 an eine Landeskirche ausgezahlt und im Anschluss der Kapitalanlagenverwaltung durch den Verkauf VK im Wege der Verwaltung von Versorgungseinrichtungen zugeführt wurden. Ein Teil der Mittel war ferner kurzfristig reserviert für geplante Kapitalabrufe Anfang 2022.

Mit 3,3 % ist der Anteil der **verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** im Vergleich zum Vorjahr (3,6 %) leicht zurückgegangen. Ursächlich hierfür waren in erster Linie Kapitalrückzahlungen und Verkäufe in Einzelfällen, denen in geringerem Maße Kapitalabrufe gegenüberstanden.

Der Anteil der **übrigen Kapitalanlagen** ist mit 0,8 % im Vergleich zum Vorjahr unverändert geblieben. Hier enthalten waren festverzinsliche Anlagen mit Nachrang, die selbstgenutzte Immobilie im Direktbestand, übrige Ausleihungen sowie Andere Kapitalanlagen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital des Konzerns besteht aus der gemäß § 193 VAG zu bildenden Verlustrücklage in Höhe von 24,0 Mio. EUR und andere Gewinnrücklagen in Höhe von 0,6 Mio. EUR.

Deckungsrückstellung und Risikoverlauf

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2021 wurde eine Deckungsrückstellung in Höhe von 1.679,8 Mio. EUR gebildet.

Die der Berechnung der Deckungsrückstellung zugrunde liegenden aktuariellen Annahmen werden jährlich im Rahmen eines versicherungsmathematischen Gutachtens für jede Pensionskasse überprüft und – soweit notwendig – angepasst, um angemessene Sicherheiten in den Rechnungsgrundlagen zu gewährleisten.

Um die im Neubestand eingegangenen Zinsverpflichtungen auch in einem Kapitalmarktumfeld mit niedrigem Zinsniveau erfüllen zu können, ist die Deckungsrückstellung gemäß Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) für einen Zeitraum von fünfzehn Jahren mit dem Referenzzins zu ermitteln, sofern dieser unterhalb des garantierten Rechnungszinses liegt. Der Referenzzins wird dabei aus dem zehnjährigen Mittel von Null-Kupon-Euro-Zinsswapsätzen mit einer Laufzeit von zehn Jahren abgeleitet. Er lag zum 31. Dezember 2021 bei 1,57 %. Im Neubestand der Konzernunternehmen verwendete Rechnungszinssätze oberhalb des Referenzzinses sind 3,25 %, 2,75 %, 2,25 % und 1,75 %. Deswegen wurde zum 31. Dezember 2021 für den Neubestand eine Zinszusatzreserve in Höhe von 31,3 Mio. EUR gebildet. Für den Altbestand der Verka PK, der mit einem Rechnungszins von 3,5 % begründet wurde, wurden in den Geschäftsplan zur DeckRV analoge Regelungen zur Bildung einer Zinszusatzreserve und ein Referenzzins zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 1,65 % aufgenommen. Dementsprechend wurde hier eine Zinszusatzreserve zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 63,0 Mio. EUR gebildet.

Liquidität

Der Anteil der Einlagen bei Kreditinstituten betrug 1,2 % der gesamten Kapitalanlagen zum Bilanzstichtag. Der entsprechende Betrag in Höhe von 21,7 Mio. EUR war in kurzfristige Festgelder bei einem deutschen Kreditinstitut angelegt. Weitere 76,3 Mio. EUR, wovon 23,4 Mio. EUR reserviert waren für die Auszahlung aufgrund einer planmäßigen Teilauflösung eines Versicherungsvertrags zum 31. Dezember 2021 im Januar 2022, lagen zum Bilanzstichtag in Form von laufenden Guthaben bei verschiedenen deutschen Kreditinstituten vor. Unter Berücksichtigung der aktuellen Liquiditätslage, der Fälligkeitsstruktur und Liquidität des Kapitalanlagenbestandes insgesamt – bei den Anlagen handelt es sich überwiegend um kurzfristig liquidierbare Wertpapiere bzw. Investmentanteile – sowie der Liquiditätsplanung, die sämtliche planmäßigen Cashflows der nächsten zehn Jahre beinhaltet, wird die Liquiditätssituation als angemessen angesehen, so dass die Konzernunternehmen jederzeit in der Lage waren und sind, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen.

Personal- und Sozialbericht

Am 31. Dezember 2021 waren 69 (Vj. 70) Mitarbeiter/innen angestellt. Das Durchschnittsalter beträgt 48 Jahre (Vj. 47 Jahre). Teilzeitvereinbarungen bestanden mit 21 Mitarbeitern/innen.

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbundes gilt unser besonderer Dank für ihren Einsatz, ihre Initiative und ihre Leistungen. Sie haben die Aktivitäten des Verka VK und des Verbundes in einem anspruchsvollen Umfeld mit großem Engagement erfolgreich gestaltet.

Risikobericht

Das Risikomanagementsystem des Konzerns dient der frühzeitigen Erkennung aller wesentlichen Risiken, die sich negativ auf die Wirtschaftslage des Unternehmens auswirken oder den Bestand des Unternehmens insgesamt gefährden könnten.

Ziele des Risikomanagements und Risikopolitik

Zentrales Ziel der etablierten Risikomanagementprozesse ist die dauerhafte Sicherstellung der Risikotragfähigkeit, um die Solvabilität der Pensionskassen auch in Krisensituationen nicht zu gefährden. Grundlage der Risikopolitik ist ein bewusster und konservativer Umgang mit allen unternehmensindividuellen Risiken, wobei im Zweifel das Vorsichtsprinzip gilt – Sicherheit vor Ertrag. Gleichzeitig sind stabile Erträge notwendig, um die garantierten Leistungen sicherzustellen und die Eigenmittelbasis und somit die Risikotragfähigkeit langfristig weiter verstärken zu können. Daher wird angestrebt, stets solche Geschäfte zu tätigen, welche bei begrenzter Risikoexposition ein optimales Risiko-Ertrags-Verhältnis aufweisen bzw. die geeignet sind, das Risiko-Ertrags-Profil diversifizierend auf Unternehmensebene zu optimieren.

Prozesse und Verfahren des Risikomanagements

Das zentrale Risikomanagement definiert Methoden und Verfahren für die qualitative und quantitative Erfassung der Risiken und ist auf Unternehmensebene für die Risikoüberwachung, die Gesamtrisikosteuerung und die Risikoberichterstattung an den Vorstand verantwortlich. Im Rahmen turnusmäßigen Risikoinventuren werden alle Risiken, welche die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage wesentlich beeinflussen können, durch die jeweiligen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche identifiziert und mit Unterstützung des zentralen Risikomanagements analysiert und quantifiziert. Hierzu werden zu jedem Risiko Bewertungen hinsichtlich des möglichen Schadenausmaßes und der korrespondierenden Eintrittswahrscheinlichkeiten vorgenommen. Für die daraus abgeleiteten Risikokennzahlen werden ggf. entsprechende Schwellenwerte vorgegeben. Im Sinne einer aktiven Risikosteuerung werden konkrete Gegenmaßnahmen festgelegt, um die aus den Einzelrisiken resultierenden Risikopotenziale wirksam zu reduzieren. Im Rahmen des entwickelten Risikotragfähigkeitskonzepts erfolgt neben der quartalsweise stattfindenden Risikoinventur eine monatliche Analyse und Bewertung der Kapitalanlagerisiken durch das Risikomanagement.

Eine Beurteilung und transparente Kommunikation der im Risikomanagementprozess abgeleiteten Gesamtrisikolage der Pensionskasse findet regelmäßig, aber mindestens einmal im Jahr, im Risikokomitee statt. Diesem gehören neben dem Vorstand und dem zentralen Risikomanagement auch die dezentralen Risikoverantwortlichen der verschiedenen Fachbereiche an. Das Risikomanagement wird ständig weiterentwickelt, um den wachsenden Anforderungen gerecht zu werden, und wird hinsichtlich seiner Effektivität und Angemessenheit mindestens im jährlichen Turnus durch die Interne Revision geprüft.

Versicherungstechnische Risiken

Versicherungstechnische Risiken treten in Form von biometrischen Risiken, Zinsgarantierisiken sowie Kosten- und Stornorisiken auf, die bei der versicherungsmathematischen Kalkulation angemessen berücksichtigt werden. Die fortlaufende Steuerung der versicherungstechnischen Risiken erfolgt im Rahmen des etablierten Risikomanagementsystems in Form von umfangreichen Risikoanalysen bei der Einführung neuer Produkte (Neue-Produkte-Prozesses), durch ein laufendes aktuarielles Controlling und regelmäßige Asset-Liability-Management-Studien.

Bei den biometrischen Risiken nimmt das Langlebighkeitsrisiko eine zentrale Rolle ein. Die übernommenen biometrischen Risiken werden ständig beobachtet und durch aktuarielle Tarifierung und eine vorsichtige Reservierungspolitik gesteuert. Im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie wurde der Versicherungsbestand auf eine systematische Übersterblichkeit untersucht. Beim Verka VK kann zum aktuellen Zeitpunkt kein signifikanter, COVID-19 bedingter Anstieg der Sterblichkeit beobachtet werden. Bei der Verka PK konnte gegenüber den letzten Jahren, in welchen ein ausgeglichenes Risikoergebnis beobachtet wurde, im Geschäftsjahr 2021 ein deutlich positives Risikoergebnis ausgewiesen werden. Inwieweit dieses im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie steht, kann auf Grundlage der vorliegenden Informationen nicht abschließend beantwortet werden. Zur Absicherung biometrischer Risiken wird zudem das Instrument der Rückversicherung eingesetzt. So ist insbesondere das Invaliditätsrisiko zu einem gewissen Teil durch Rückversicherung abgedeckt.

Dem überwiegenden Teil der Versicherungsbestände des Verka VK liegt ein Rechnungszins von 0,5 % während der Aufschubzeit bzw. maximal 1,25 % während der Rentenbezugsphase (für das Neugeschäft 0,25 %) zugrunde. Hierdurch wird die Notwendigkeit, eine Zinszusatzreserve für die Bestände des Verka VK aufbauen und finanzieren zu müssen erheblich reduziert. Allein ein überschaubarer Restbestand unterliegt einem Rechnungszins von 2,25 %, welcher aber aufgrund seines Umfangs als unproblematisch eingestuft wird.

Im Gegensatz zu den meisten Lebensversicherungsunternehmen und vielen Pensionskassen liegt den Beständen der Verka PK kein über 3,5 % liegender Garantiezins zugrunde. Durch den wachsenden Anteil des mit einem niedrigeren Garantiezins unterlegten Neugeschäfts wird die passivseitige Zinsanforderung der Verka PK sukzessive weiter abnehmen, so dass die dauerhafte Erfüllbarkeit der Zinsverpflichtungen auch in einem Umfeld vergleichsweise niedriger Zinsen länger gesichert ist, als dies bei Beständen mit einem Garantiezins von z.B. 4,0 % der Fall wäre. Speziell mit den Tarifen „Balance Klassik“ und „Balance Flex“ wurde bereits in der Vergangenheit ein wichtiger Impuls für eine Reduzierung des Risikos aus Zinsgarantien gegeben. So wurde bis einschließlich 31. Dezember 2021 bei beiden Tarifen der zugrundeliegende Rechnungszins über die Anforderung des aufsichtsrechtlichen Höchstrechnungszinses hinaus reduziert. Im Zuge der Änderung der Deckungsrückstellungsverordnung (Artikel 1 der Fünften Verordnung zur Änderung von Verordnungen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz, 22. April 2021) sieht der Gesetzgeber per 01. Januar 2022 eine weitere Senkung des Höchstrechnungszinses vor, welche den durchschnittlichen Bestandsrechnungszins perspektivisch weiter reduzieren wird.

Das fondsgebundene Lebensversicherungsprodukt in Form eines statischen Hybrides – „Balance Flex“ – ermöglicht zudem, den Umfang der Beitragsgarantie frei zu wählen. Die aus dem Neugeschäft potenziell resultierenden Anforderungen zur Bildung einer zusätzlichen Zinszusatzreserve sollen für die Zukunft so möglichst ausgeschlossen sein. Die mit der variablen Gestaltungsmöglichkeit verbundenen Freiheitsgrade der neuen Produktfamilien ermöglichen ein breites Angebotsspektrum von konventioneller Rentenversicherung, über fondsgebundene Rentenversicherung bis hin zur reinen Beitragszusage. Den Risiken aus dem anhaltenden Niedrigzinsumfeld wird so in Zukunft noch besser Rechnung getragen. Auch im Rahmen der Produktentwicklung steht eine risikoadäquate Ausgestaltung des Zinsgarantierisikos weiter im Fokus.

Bereits bestehende Zinsgarantien können langfristig nur sichergestellt werden, solange die aktivseitige Kapitalanlagenverzinsung die passivseitige Zinsgarantieanforderung übersteigt. Speziell das anhaltende Niedrigzinsumfeld stellt die Verka PK vor eine besondere Herausforderung, da insbesondere bei verzinslichen Kapitalanlagen die Wiederanlagerendite in den vergangenen Jahren sukzessive rückläufig ist. Infolgedessen erfolgte bis einschließlich 2020 eine Reserveverstärkung im deregulierten als auch regulierten Versicherungsbestand in Form der Zinszusatzreserve, um die Erfüllbarkeit der passivseitigen

Zinsgarantieanforderungen weiterhin sicherzustellen. Mithilfe der Reserveverstärkung werden zukünftige Zinsverpflichtungen aus Tarifgenerationen oberhalb des sog. Referenzzinssatzes bereits heute in den Rückstellungen berücksichtigt. Die passivseitige Zinsgarantieanforderung wird somit auf eine breitere Basis zinstragender Aktiva verteilt, was die mittelfristige Erfüllbarkeit der passivseitigen Zinsgarantieanforderungen erleichtern soll. Die positive Wirkung der Zinszusatzreserve entfaltet sich bei Versicherungsverträgen mit einer Vertragsrestlaufzeit von bis zu 15 Jahren und einem Rechnungszins oberhalb des sog. Referenzzinssatzes. Bei Versicherungsverträgen mit einer Vertragsrestlaufzeit von mehr als 15 Jahren bleibt die positive Wirkung der Zinszusatzreserve aus. Vielmehr verschärft die Aufstockung der zinstragenden Aktiva (in Form der Zinszusatzreserve) den Investitionsdruck der Pensionskasse, da sich die Zinszusatzreserve in dieser Zeit mit dem ursprünglichen Rechnungszins verzinst.

Zum Zweck der Finanzierung der Zinszusatzreserve der Verka PK ist ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag mit dem Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG als 100%iger Aktionär etabliert. Die bis zum Bilanzstichtag 31.12.2020 erforderlichen Aufwände zur Zinszusatzreserve wurden so weitgehend durch den Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG finanziert. Ziel war es der gesellschaftlichen Verantwortung des Verka VK gegenüber dem in die Verka PK ausgegliederten Versicherungsbestands Rechnung zu tragen und insbesondere temporäre Aufwände für die Zinszusatzreserve über den Ergebnisabführungsvertrag zu finanzieren. Die temporären Aufwände für die Zinszusatzreserve sollten zu einem späteren Zeitpunkt an den Verka VK zurückfließen. Allerdings besteht weiterhin Unsicherheit, u.a. hinsichtlich der Auslegung der Vierten Verordnung zur Änderung von Verordnungen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz vom 7. Juli 2020 (BGBl. I S. 1688), welche Gewinnabführungsverträge explizit von der Rückführung extern finanzierter Zinszusatzreserve ausschließt. Vor diesem Hintergrund hat sich der Verka-Verbund dafür entschieden, zukünftige Zinszusatzreserve für die Verka PK über eine Rückversicherungslösung abzubilden und somit Rechtssicherheit zumindest für die zukünftig zu finanzierende Zinszusatzreserve zu schaffen. In Bezug auf die Rückführbarkeit der bereits extern finanzierten Zinszusatzreserve befindet sich der Verka-Verbund in Abstimmung mit der BaFin sowie externen Beratern.

Die Abbildung der Zinszusatzreserve über eine Rückversicherungslösung führt für die Verka PK insbesondere in den kommenden Jahren zu deutlich geringeren Aufwänden für die Zinszusatzreserve, als dies ohne eine Rückversicherungslösung der Fall wäre. Die Belastungen des Aktionärs, Zinszusatzreserve über den Ergebnisabführungsvertrag finanzieren zu müssen, konnten somit deutlich reduziert werden.

Aus der Versicherungstechnik können außerdem Kostenrisiken und Stornorisiken resultieren, die ebenfalls bei der versicherungsmathematischen Kalkulation Berücksichtigung finden. Im Hinblick auf die Versicherungsbestände des Verka VK ist auch zukünftig von einem mindestens ausgeglichenen Verwaltungskostenergebnis auszugehen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass mit der Umstellung der Versicherungsbestände auf das neue Angebotsmodell „Vorsorgeverwaltung“ die Rechnungsgrundlagen für alle relevanten Ergebnisquellen besonders vorsichtig gewählt sind. Dennoch wird der stetig zunehmende Aufwand in Bezug auf neue regulatorische Anforderungen, wie beispielsweise MaGo, ERB, EIOPA-Meldungen, Taxonomie-/ Offenlegungsverordnung etc. das Kostenergebnis in Zukunft belasten. Der Vorstand ist sich der Notwendigkeit bewusst, dass trotz der Bestrebungen im Vertrieb, weitere kostensenkende Maßnahmen für die Zukunft ergriffen werden müssen. Die hierfür notwendigen Schritte werden aktuell geprüft und durch den Vorstand festgelegt.

Die Optimierung und Verschlankeung der Verwaltungsprozesse wurde in 2021 strategiekonform weiter umgesetzt. Insbesondere wurde die Umsetzung des Online-Portals organisatorisch neu aufgestellt, sodass perspektivisch von einer planmäßigen und kostenorientierten Umsetzung des Projektes und der

Produktivnahme des Online-Portals auszugehen ist. Für die in der Risikostrategie angestrebten Skaleneffekte sind weitere Arbeiten, u.a. an den BackEnd-Systemen, notwendig, um einen überwiegend digitalen Verwaltungsprozess und den damit erwarteten Kosteneinsparungen sicherzustellen.

Die Wirkung versicherungstechnischer Risiken auf die Bilanz der Pensionskasse kann häufig nur im Zusammenhang mit potenziellen Entwicklungen der Aktivseite eingeschätzt werden. Daher liefert auch das Asset-Liability-Management (ALM) wertvolle Impulse zur Steuerung der genannten versicherungstechnischen Risikoarten. Mit Hilfe von jährlichen ALM-Studien werden die Entwicklungen der passivseitigen Garantien laufend analysiert, so dass rechtzeitig Maßnahmen ergriffen werden können, welche eine langfristige Sicherstellung der Erfüllung garantieren.

Marktrisiken

Die Kapitalanlage im Verka-Verbund ist mit den verschiedenen sich aus den einzelnen Anlageklassen ergebenden Marktrisikoarten verbunden – zu nennen sind insbesondere Aktienrisiko, Immobilienrisiko und Zinsänderungsrisiko. Währungsrisiken spielen aufgrund der Fokussierung auf Anlagen in der Eurozone eine untergeordnete Rolle bzw. werden im Rahmen von Fondsmandaten mit globaler Ausrichtung durch vereinbarte Absicherungsmaßnahmen weitgehend ausgeschlossen. Zur Quantifizierung, Analyse und Steuerung der Marktrisiken kommen Stresstests, Szenarioanalysen und Asset-Liability-Studien zum Einsatz. Um das Risiko-Ertrags-Verhältnis auf Gesamtportfolioebene zu optimieren, setzt der Verka-Verbund auf portfoliooptimierende Maßnahmen mit Unterstützung externer Expertise, aus welchen sich unter Beachtung der Anlageverordnung, der internen Kapitalanlagerichtlinien und der Risikotragfähigkeit strategische Zielgrößen für einzelne Asset-Klassen ableiten lassen.

Für die innerhalb von Wertpapier-Sondervermögen bestehenden Aktienrisiken bestehen effektive Absicherungsmaßnahmen, um die Risikotragfähigkeit nachhaltig zu sichern. Hierbei wird sich statischer als auch dynamischer Wertsicherungskonzepte bedient. Die Aktienanlagen in Form von Publikumsfonds dienen ausschließlich der flexiblen Disposition im Rahmen des Fondsorterprozesses des fondsgebundenen Lebensversicherungsprodukts der Verka PK "Balance-Flex" und spielen in Hinblick auf die strategische Asset-Allokation eine untergeordnete Rolle. Der Umfang dieser Aktien-Publikumsfonds wird laufend überprüft und gegebenenfalls angepasst. Unter Berücksichtigung bestehender Sicherungsmaßnahmen resultiert per 31. Dezember 2021 eine ökonomische Aktienquote von 9,1 % nach Buchwerten. Die Aktiensensitivität unter Berücksichtigung von Absicherungsmaßnahmen und einem modellhaften Aktienmarktrückgang von -30% beträgt -72.322 TEUR.

Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade im Immobilienbereich der Kompetenz des Fondsmanagements eine besonders hohe Bedeutung zukommt und dass die Annahme der Wertstabilität von Immobilienanlagen vor allem dann realistisch ist, wenn entsprechende Fondsengagements in dieser Assetklasse professionell bewirtschaftet werden. Um Risikokonzentrationen hinsichtlich Fondsmanagement, geografischer Ausrichtung oder Branchenfokus zu minimieren, strebt der Verka-Verbund eine breitere Diversifizierung des Immobilienportfolios an. Entsprechend werden – neben dem Ausbau der Beteiligungen an den bereits bestehenden Immobilienspezialfonds – mögliche Neuinvestitionen laufend geprüft. Der Fokus der bestehenden Immobilienspezialfonds liegt breit diversifiziert auf Wohn-, Budget-Hotel- und Gewerbeimmobilien sowie Wald unterschiedlicher geografischer Lage.

Bedingt durch die COVID-19-Pandemie sind negative Auswirkungen auf die unterschiedlichen Immobilieninvestments des Verka-Verbundes zu erwarten. Kurzfristig wirken bereits der deutlich eingeschränkte Tourismus und das angepasste Verhalten in Bezug auf Geschäftsreisen negativ auf die Ertragskraft von Investitionen in Hotels. Auch ist weiterhin eine Änderung des Konsumverhaltens zu

beobachten, mit entsprechend negativen Implikationen auf die Ertragskraft von Shopping-Centern. Mittel- und langfristig kann sich zudem eine verstärkte Nutzung des mobilen Arbeitens negativ auf Investitionen in Bürogebäude auswirken. Ein entsprechender Trend wird von unterschiedlichen Unternehmen bereits kommuniziert. Inwieweit sich dieser Trend in der Phase nach der Pandemie durchsetzt, kann aktuell nicht abgeschätzt werden.

Bei den im Direktbestand befindlichen festverzinslichen Anlagen handelt es sich schwerpunktmäßig um Schuldscheindarlehen, Namensschuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen, deren kurzfristige Bewertungsschwankungen aufgrund nicht dauerhafter Wertminderungen nicht bilanzwirksam sind. Bei steigenden Zinsen sind diese Anlagen zwar Kursverlustrisiken ausgesetzt, jedoch gleichen sich zwischenzeitlich vorhandene positive oder negative Bewertungsreserven spätestens bei Fälligkeit wieder aus. Neben dem Direktbestand bestehen Investitionen in vier Rentenspezialfonds mit Schwerpunkt auf europäische Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen.

Die gewichtete modifizierte Duration des Bestands an verzinslichen Anlagen beträgt 8,6 %. Im Falle eines Zinsschocks – hierzu wird eine plötzliche Zinsänderung um 100 Basispunkte unterstellt – würden die Zeitwerte der Kapitalanlagen einschließlich der Fondsinvestments ceteris paribus um 122,3 Mio. EUR sinken bzw. steigen, wobei hier insofern vereinfacht gerechnet wurde, als dass Besonderheiten von im Bestand befindlichen, insbesondere von der Zinskurvensteilheit abhängigen strukturierten Produkten nicht berücksichtigt wurden.

Vor dem Hintergrund des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus bestehen mittelfristig Wiederanlagerisiken, welche die Ertragsituation der Pensionskassen in zukünftigen Jahren belasten können, sofern das Niedrigzinsumfeld noch über einen längeren Zeitraum bestehen bleiben sollte. Im Zusammenhang mit der limitierten Risikotragfähigkeit sind die Möglichkeiten, sich dem negativen Einfluss der anhaltenden Niedrigzinsphase auf die mittelfristige Entwicklung des Ertragspotenzials des Kapitalanlageportfolios zu entziehen, naturgemäß begrenzt.

Zur Erhöhung der Diversifikation über die verschiedenen Assetklassen hinweg und somit zur Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles erfolgen neue Investments auch im Bereich nachhaltiger alternativer Anlagen. Ziel ist es, von den Ertragschancen zu profitieren. So bestehen Engagements in den Bereichen Erneuerbare Energien (Photovoltaik- und Windenergieanlagen), Wald, Infrastruktur, Private Equity und Private Debt.

Des Weiteren ist die 100%ige Beteiligung an der Tochtergesellschaft Verka PK mit entsprechenden Bewertungsrisiken sowie – über den zwischen Verka VK und Verka PK abgeschlossenen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag vor dem Hintergrund der Notwendigkeit der Bildung einer ZZR – mit substantziellen Ertragsrisiken verbunden. Die Ertragsrisiken hätte der Verka VK ökonomisch jedoch auch dann in gleicher Höhe zu tragen, wenn keine Übertragung der Teilbestände auf die Verka PK stattgefunden hätte. In diesem Falle würden die Risiken nicht als Marktrisiko, sondern weiterhin als versicherungstechnisches Risiko innerhalb des Bestandes des Verka VK bestehen. Durch den Verka VK wurde bis einschließlich 31.12.2020 der überwiegende Teil der bereits gestellten Zinszusatzreserve der Verka PK i.H.v. 79.3 Mio. EUR finanziert, da die Verka PK aufgrund des geringen Überschusspotentials nicht in der Lage gewesen wäre, die Zinszusatzreserve aus eigener Kraft zu finanzieren. Ziel war es der gesellschaftlichen Verantwortung des Verka VK gegenüber dem in die Verka PK ausgegliederten Versicherungsbestands Rechnung zu tragen und insbesondere temporäre Aufwände für die Zinszusatzreserve über den Ergebnisabführungsvertrag zu finanzieren. Die temporären Aufwände für die Zinszusatzreserve sollten

zu einem späteren Zeitpunkt an den Verka VK zurückfließen. Allerdings besteht weiterhin Unsicherheit, u.a. hinsichtlich der Auslegung der Vierten Verordnung zur Änderung von Verordnungen nach dem Versicherungsaufsichtsgesetz vom 7. Juli 2020 (BGBl. I S. 1688), welche Gewinnabführungsverträge explizit von der Rückführung extern finanzierter Zinszusatzreserve ausschließt. Vor diesem Hintergrund hat sich der Verka-Verbund dafür entschieden, zukünftig zu finanzierende Zinszusatzreserve für die Verka PK über eine Rückversicherungslösung abzubilden und somit Rechtssicherheit zumindest für die zukünftig zu finanzierende Zinszusatzreserve zu schaffen. In Bezug auf die Rückführbarkeit der bereits extern finanzierten Zinszusatzreserve befindet sich der Verka-Verbund in Abstimmung mit der BaFin sowie externen Beratern.

Die Abbildung der Zinszusatzreserve der Verka PK über eine Rückversicherungslösung führt insbesondere in den kommenden Jahren zu deutlich geringeren Aufwänden aus dem Ergebnisabführungsvertrag, als dies ohne eine Rückversicherungslösung der Fall wäre. Die Belastungen des Aktionärs, Zinszusatzreserve der Verka PK über den Ergebnisabführungsvertrag finanzieren zu müssen, konnten somit deutlich reduziert werden.

Kreditrisiken

Kreditrisiken bestehen in der Möglichkeit negativer Bonitätsveränderungen von Emittenten, Geschäftsparteien und anderen Schuldern, wobei die mit festverzinslichen Kapitalanlagen verbundenen Kreditrisiken den größten Stellenwert einnehmen. Im Rahmen der Risikosteuerung kommen verschiedene Instrumente wie Vorgaben zu Ratingklassen und Begrenzungen im Hinblick auf Mischung und Streuung zum Einsatz, um einen hohen Grad an Diversifikation sowie ein ausgewogenes Chance-Risiko-Verhältnis auf Gesamtportfolioebene zu ermöglichen. Neuanlagen im Direktbestand sind dabei grundsätzlich auf Papiere mit Investment-Grade-Rating beschränkt. Im Rahmen von Fondsmandaten ist eine Beimischung von Wertpapieren mit Non-Investment-Grade-Rating unter restriktiven Auflagen zu einem sehr geringen Teil möglich. Hierzu werden, dem Charakter des jeweiligen Fondsmandates entsprechend, angemessene Obergrenzen für Papiere mit Non-Investment-Grade-Rating (NIG) festgelegt und in den fondsindividuellen Anlagerichtlinien verbindlich festgeschrieben. Durch die bestehenden Spezialfondsmandate mit Schwerpunkten auf Euro-Unternehmensanleihen, europäische Staatsanleihen, internationale Unternehmens- und Wandelanleihen (inkl. eines Segments für Unternehmensanleihen in Emerging Markets) sowie Emerging-Markets-Staatsanleihen wird eine breite Diversifikation erreicht. Die strategische Allokation wird im Rahmen der jährlichen Kapitalanlageplanung in Form von strategischen Zielquoten festgelegt und regelmäßig auf ihre Einhaltung überprüft.

Bei der strategischen Ausrichtung des Portfolios an festverzinslichen Anlagen steht auch weiterhin eine sinnvolle Begrenzung des Financial Exposures im Blickpunkt. Investitionen in Rentenpapiere von Kreditinstituten sind fester Bestandteil der Kapitalanlagestrategie, unterliegen aber einer besonderen Beobachtung und werden aktiv gesteuert. Zudem verfolgt der Verka-Verbund die Strategie einer Portfoliooptimierung unter Risiko- und Renditegesichtspunkten und setzt hierbei unter anderem auf alternative Anlageklassen bzw. alternative Anlageregionen, wodurch die Diversifikation der Kreditrisiken weiter verbessert wird. Investitionen in Debt-Finanzierungen von Alternative-Energie-Projekten in Entwicklungs- und Schwellenländern oder auch europäische Senior Secured Floating Rate Loans ergänzen das Anlageuniversum und erhöhen die Diversifikation innerhalb dieser Anlageklasse.

Die Ratingstruktur des Kapitalanlagenbestandes mit Durchschau bei den Wertpapier-Sondervermögen stellt sich per 31. Dezember 2021 wie folgt dar; bei den nicht gerateten Anlagen handelt es sich weit überwiegend um Immobilienanlagen, Beteiligungen sowie Infrastrukturinvestments:

Ratingklasse	Rating	Buchwert Mio. EUR	Anteil %
	AAA	78,5	4,3
	AA+	15,9	0,9
	AA	50,7	2,8
	AA-	86,5	4,7
AAA bis AA-		231,5	12,6
	A+	130,8	7,1
	A	76,8	4,2
	A-	153,9	8,4
A+ bis A-		361,5	19,7
	BBB+	233,9	12,7
	BBB	184,4	10,0
	BBB-	182,9	10,0
BBB+ bis BBB-		601,3	32,7
Investmentgrade		1.194,2	65,0
	BB+	30,1	1,6
	BB	14,8	0,8
	BB-	30,4	1,7
BB+ bis BB-		75,2	4,1
	B+	15,5	0,8
	B	9,1	0,5
	B-	10,7	0,6
	CCC-C	0,5	0,0
B+ bis CCC-C		35,8	1,9
Non-Investmentgrade		111,0	6,0
Non rated		532,0	29,0
Summe		1.837,3	100,0

Der Bestand der verzinslichen Anlagen inkl. Einlagen bei Kreditinstituten wie Tagesgeldern und anderen kurzfristigen Termingeldern (Inhaberschuldverschreibungen einschließlich indirekter Anlagen in Spezial-Sondervermögen, Schuldscheindarlehen inkl. Credit-Linked-Schuldscheindarlehen und Namensschuldverschreibungen) verteilt sich per 31. Dezember 2021 wie folgt auf die unterschiedlichen Emittentenklassen:



Erhöhte Kreditrisiken resultieren aktuell aus den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie. Systematische Kreditausfälle sind in diesem Zusammenhang bis einschließlich 31. Dezember 2021 aber nicht zu beobachten.

Mit zunehmender Länge und abhängig vom weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie ist mit erhöhten Kreditausfällen zu rechnen. Auch können Maßnahmen zur Eindämmung des Virus einzelne Branchen direkt wirtschaftlich beeinträchtigen. Zur Steuerung COVID-19 bedingter Risiken erfolgt eine regelmäßige Abstimmung mit dem Fondsmanagement der Spezialfondsmandate sowie zwischen der Abteilung Kapitalanlagen und der Stabsstelle Risikomanagement. Diese Steuerung zielt im Wesentlichen auf eine, an die Pandemie angepasste, Titelselektion ab, so dass Chancen und Risiken (bezogen auf Unternehmen, Branchen oder Regionen) optimal genutzt bzw. gemieden werden können.

Nachhaltigkeitsrisiken

Eine nachhaltige Unternehmensausrichtung des Verka-Verbunds ist eines der Kernelemente der etablierten Geschäftsstrategien und fließt entsprechend in die daraus abgeleiteten Strategien (Kapitalanlagen-, Risikomanagement-, IT-Strategie) ein. Ziel ist es, die mit einer nachhaltigen Ausrichtung des Unternehmens verbundenen Potentiale zu heben und den Unternehmenserfolg damit langfristig zu unterstützen. Dabei wird stets auf eine gesamtheitliche Betrachtung der nachhaltigen Unternehmensphilosophie geachtet, welche soziale, ökologische und ökonomische Ziele im Innen- als auch im Außenverhältnis glaubhaft umsetzt.

Der weitreichendste Einfluss hinsichtlich der angestrebten Nachhaltigkeitsziele wird über eine verantwortungsvolle Kapitalanlage erreicht und erstreckt sich – aufgrund des breit diversifizierten Kapitalanlagenportfolios – auf eine Vielzahl von Wirtschaftsbereiche und Regionen. Eine konsequente Berücksichtigung von ESG-Kriterien sowie des „Leitfadens für ethisch-nachhaltige Geldanlage in der evangelischen Kirche“ des Arbeitskreises Kirchlicher Investoren bilden hierfür einen messbaren Rahmen. So können auf der Grundlage objektivierbarer Ausschlusskriterien für Staaten und Unternehmen (bspw. bei Korruption, Anwendung der Todesstrafe, Kinderarbeit, Tierversuche, Umweltverschmutzung) bereits zu einem frühen Zeitpunkt Risikotreiber identifiziert und ausgeschlossen werden, welche den wirtschaftlichen Erfolg des Zielinvestments mittel- oder langfristig beeinträchtigen. Es geht hierbei also nicht allein nur um die freiwillige Berücksichtigung der gestalterischen Verantwortung, welche mit der Kapitalanlage zwangsläufig in Bezug auf ökologische, soziale, gesellschaftliche und ethische Aspekte verbunden ist (insb. Auswirkungen auf zukünftige Generationen), sondern gleichermaßen auch um den Schutz vor materiellen Risiken, welche mit der Investition in nicht nachhaltige Kapitalanlagen verbunden sind. Ziel des Nachhaltigkeitsrisikomanagements ist es, solche Emittenten zu identifizieren, bei welchen aufgrund einer nicht-nachhaltigen Unternehmensausrichtung in Zukunft erhöhte wirtschaftliche Risiken zu erwarten sind. Diese materialisieren sich beispielsweise in sinkenden Absatzzahlen aufgrund zunehmenden Bewusstseins für Nachhaltigkeit in Lieferketten, in Form höherer Refinanzierungskosten aufgrund steigender Risikozuschläge oder in Form exogener Schocks durch fiskalpolitische oder regulatorische Eingriffe in den Markt. Insbesondere den exogenen Schocks kommt bei der Risikosteuerung eine besondere Bedeutung zu, da zunehmendes öffentliches und politisches Interesse, speziell in Hinblick auf Risiken aus dem Klimawandel, den Kapitalmarkt zunehmend beeinflusst. So formulierte u.a. die europäische Union einen klima- und energiepolitischen Rahmen, welcher die Ziele des Pariser Klimaabkommens aufgreift und EU-weite Maßnahmen und verbindliche nationale Klimaschutzziele festschreibt. Konkret wird angestrebt die Treibhausgasemission deutlich zu senken, den Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen zu erhöhen und die Energieeffizienz zu steigern.

Um Nachhaltigkeitsrisiken angemessen zu steuern, erfolgt ein konsequentes Screening des Kapitalanlagenbestandes in Hinblick auf ökologische, soziale und eine gute Unternehmensführung betreffende Belange auf Basis der Einzeltitel (inkl. einer Fondsdurchschau) sowie eine transparente Kommunikation

der Ergebnisse. Dabei greift der Verka-Verbund auf die Expertise eines renommierten externen Datenlieferanten zurück, welcher für den überwiegenden Teil des Kapitalanlagenportfolios ein offizielles ESG-Rating sowie Daten zur CO₂-Intensität der einzelnen Emittenten vorhält.

Der mehrstufige Screening-Prozess auf den Kapitalanlagenbestand sieht in der ersten Stufe ein ESG-Screening des Kapitalanlagenbestands inkl. Fondsdurchschau vor. Dabei werden auf Basis des Best-In-Class Ansatzes sog. "Branchenführer", "Branchendurchschnitt" und "Branchenfolger" identifiziert. Für die Branchenfolger wird eine Obergrenze von 5 % angestrebt, wobei strategische Investitionen nach dem Engagement Ansatz nicht unter diese Grenze fallen. Eine Überschreitung dieser Grenze zieht eine unmittelbare Überprüfung der betroffenen Kapitalanlagen und ggf. Anpassung des Kapitalanlagenbestands nach sich, sodass negative Implikationen aus nicht nachhaltigen Kapitalanlagen auf ein Minimum begrenzt bleiben.

In einer zweiten Stufe erfolgt ein Abgleich des ESG-Ratings mit dem Kredit-Rating festverzinslicher Wertpapiere auf Einzeltitelebene. Der Fokus liegt auf jenen Emittenten, bei denen die Qualität beider Ratings deutlich voneinander abweicht. Ziel ist es, die Emittenten zu identifizieren, bei denen aufgrund des zunehmenden Einflusses von Nachhaltigkeitsaspekten auf die Unternehmensentwicklung in Zukunft mit höherer Wahrscheinlichkeit ein Downgrade im Kredit-Rating zu erwarten ist. Das Screening der zweiten Stufe deckt den vollständigen Bestand an festverzinslichen Wertpapieren ab und ist nicht auf die sogenannten Branchenfolger begrenzt. Die über das Screening der zweiten Stufe identifizierten Emittenten werden auf einer sogenannten Hotlist geführt und engmaschig überwacht. Sofern erforderlich erfolgt eine Anpassung des Kapitalanlagenportfolios.

Im Rahmen der dritten Stufe des Screening-Prozesses erfolgt ein CO₂-Screening des Kapitalanlagenbestands. Der Fokus liegt dabei auf Unternehmen mit hohem CO₂-Beitrag bezogen auf das Kapitalanlagenportfolio. Ziel ist es CO₂-intensive Unternehmen im Kapitalanlagenportfolio überwiegend auszuschließen. Dies schützt nicht zuletzt davor, dass sich gesetzliche Änderungen zur Beschleunigung der Dekarbonisierung unmittelbar in Form von hohen Wertverlusten von Aktien und Unternehmensanleihen ungemindert auf die Wertentwicklung des Portfolios des Verka-Verbunds auswirken.

Der Verka-Verbund nimmt bezüglich der Nachhaltigkeit in der Kapitalanlage bereits eine Vorreiterrolle ein, was nicht zuletzt auf die aktive Mitgestaltung bei der Weiterentwicklung von Benchmarks und Normen in Bezug auf einen verantwortungsvollen Umgang mit den vorhandenen Ressourcen zurückzuführen ist. So engagiert sich der Verka-Verbund beispielsweise im Arbeitskreis kirchlicher Investoren. Das Nachhaltigkeitsrisikomanagement des Verka-Verbunds wird stetig weiterentwickelt, um negative Implikationen – speziell aus dem Klimawandel – auf die Unternehmensentwicklung frühzeitig identifizieren zu können und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

Liquiditätsrisiken

Eine ausgewogene Laufzeitenstreuung im Rahmen des Durationsmanagements bei festverzinslichen Anlagen ermöglicht auch für die kommenden Jahre eine sichere Liquiditätsplanung und somit eine Minimierung von kurzfristigen Liquiditätsrisiken. Der Anteil der kurzfristigen Festgeldanlagen betrug per 31. Dezember 2021 1,17 % des Vermögens, wodurch eine flexible Disposition gewährleistet ist.

Marktliquiditätsrisiken werden im Anlageprozess berücksichtigt, indem in Abhängigkeit von der Liquiditätsplanung im Rahmen der Neuanlage ausreichend viele Investments mit hoher Fungibilität ausgewählt werden. Durch eine breite Diversifikation wird die jederzeitige Liquidität auch bei unerwarteter Marktenge in einzelnen Assetklassen gewährleistet.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in Form von fehlerhaften Prozessen, organisatorischen Schwachstellen, menschlichen oder technischen Fehlern, externen Einflüssen oder rechtlichen Problemen grundsätzlich in allen Geschäftsbereichen materialisieren. Die Identifikation und Bewertung operativer Risiken erfolgt nach zentralen Vorgaben und mit Unterstützung des Risikomanagements durch die dezentralen Risikoverantwortlichen innerhalb der Organisationseinheiten. Dabei kommen unter anderem Experteninterviews und Szenariotechniken zum Einsatz, welche eine frühzeitige Erkennung der Einzelrisiken ermöglichen.

Zur Sicherstellung einer adäquaten Unterstützung aller Geschäftsprozesse durch geeignete und untereinander abgestimmte IT-Applikationen sind in jedem Unternehmen des Verka-Verbunds entsprechende IT-Strategien verabschiedet worden, die sich aus den jeweiligen Unternehmensstrategien ableiten und aufgrund ihrer Ausrichtung auf standardisierte Prozesse die Risiken aus Fehlentwicklungen und ineffizienter Unterstützung von Abläufen und Prozessen minimieren. Zudem erfolgte im Zusammenhang mit der Durchführung einer Business Impact Analyse eine umfangreiche Erhebung und strukturierte Dokumentation der Management-, Kern- und Supportprozesse sowie eine anschließende Risikobewertung und Integration in den stringenten Risikomanagementprozess.

Zur Bewältigung von Notfällen und Krisen wird ein umfassender Notfall- und Kontinuitätsplan vorgehalten, damit die Kontinuität der wichtigsten Unternehmensprozesse und -systeme auf Gesamtunternehmensebene jederzeit gewährleistet ist. Hierbei sind auch die in Krisensituationen notwendigen Organisations-, Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen festzulegen. Der Notfall- und Kontinuitätsplan wird in regelmäßigen Abständen auf seine Aktualität hin überprüft und bei Bedarf angepasst. Die dezentrale Steuerung operativer Risiken obliegt den einzelnen Geschäftsbereichen. Im Rahmen der COVID-19-Pandemie zeigte sich die Wirksamkeit des Notfall- und Kontinuitätsplans. Mit dem Ziel, Risiken aus COVID-19 bedingten Geschäftsunterbrechungen weitestgehend zu minimieren und der gesellschaftlichen Verantwortung des Verka-Verbunds gerecht zu werden, wurden Infektionsschutzmaßnahmen im Unternehmensverbund konsequent umgesetzt. Neben umfangreichen Infektionsschutzmaßnahmen im Geschäftsgebäude und im Umgang mit Kunden und Geschäftspartnern wurde zudem der Geschäftsbetrieb bereits im März 2020 fast ausschließlich auf mobiles Arbeiten umgestellt. Der hohe Technologisierungsgrad des Verka-Verbunds gewährleistet die Aufrechterhaltung aller Geschäftsprozesse auch in diesem Arbeitsmodus. Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre bestätigen dies. Allein physische Schnittstellen, wie der Postein- und Postausgang, werden durch eine sehr geringe Anzahl von Mitarbeitern vor Ort sichergestellt

Geschäftsunterbrechungen aufgrund interner oder externer Einflüsse gab es im Betrachtungszeitraum nicht.

Im Falle einer Ausgliederung von Tätigkeiten oder Funktionen (Outsourcing) werden die damit verbundenen operativen Risiken einer besonders genauen Analyse zu unterzogen. Grundlage hierfür bildet eine strukturierte Risikoanalyse für Ausgliederungen, welche insbesondere operationelle Risiken identifizieren soll und bereits vor der Ausgliederung Maßnahmen für die Steuerung dieser Risiken festlegt.

Die Interne Revision führt regelmäßige Prüfungen der in der Geschäftsorganisation etablierten Prozesse und Systeme durch und hilft, diesbezügliche Schwachstellen frühzeitig aufzudecken und damit verbundene operationale Risiken zu reduzieren.

Sonstige Risiken

Neben den bereits ausführlich dargestellten Risikoarten werden auch Konzentrationsrisiken, Reputationsrisiken sowie strategische Risiken in den Risikomanagementprozess einbezogen. Dabei werden wechselseitige Abhängigkeiten, die mit den anderen Risikoarten bestehen, berücksichtigt.

Im Zusammenhang mit der fortlaufenden strategischen Weiterentwicklung des Unternehmensverbundes werden die damit verbundenen strategischen Risiken beleuchtet, denen nach Einschätzung des Vorstandes überproportionale Chancen für die zukünftige Geschäftsentwicklung gegenüberstehen sollten. Besonderes Risikobewusstsein ist in Bezug auf die Erfüllung der Anforderungen unserer kirchlichen Kunden erforderlich. Auch zukünftig gilt es, die Vereinsmitglieder des Verka VK als Hauptkunden und Träger des Unternehmensverbundes mit ihren spezifischen Bedürfnissen in den Mittelpunkt strategischer Überlegungen zu stellen. Der Vorstand ist zuversichtlich, mit auf die Kundenbedürfnisse abgestimmten weiterentwickelten Produkten zusätzliches Neugeschäft akquirieren zu können, wodurch die Tragfähigkeit des Unternehmensverbundes für die Zukunft entscheidend gestärkt wird.

Als alleiniger Aktionär der Verka PK hat der Verka VK eine besondere gestaltende Rolle und Verantwortung. Die Stabilität und die Werthaltigkeit der Tochtergesellschaft können mittelfristig nur sichergestellt werden, wenn auch die Verka PK über eine eigene erfolversprechende Geschäftsstrategie verfügt. Bei der Weiterentwicklung der Geschäftsstrategie der Verka PK sind strategische Rahmenbedingungen zu beachten, welche sich auch aus den Interessenlagen der Vereinsmitglieder des Aktionärs Verka VK ergeben.

Asset-Liability-Management

Zur bilanziellen Steuerung der zwischen versicherungstechnischen Risiken und Kapitalanlagerisiken bestehenden Wechselwirkungen ist ein wirksames Asset-Liability-Management (ALM) unverzichtbar. Das ALM verfolgt das Ziel, die jederzeitige Erfüllung der bilanziellen Erfordernisse (insbesondere Zinsgarantierisiko) sowie der aufsichtsrechtlichen Regelungen (insbesondere Solvabilität, Stresstest) mit einem höchstmöglichen Maß an Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten.

Im Verka-Verbund ist ein umfassender ALM-Ansatz implementiert, der eine detaillierte Analyse der zukünftigen Unternehmensentwicklung ermöglicht. Die ALM-Studien dienen als wesentlicher Ausgangspunkt für die Ableitung einer optimierten Kapitalanlagestrategie und liefern wertvolle Impulse für eine ständige Optimierung des Rendite-Risiko-Profiles auf Gesamtportfolioebene, woraus eine weitere Stabilisierung der Risikotragfähigkeit resultiert.

Vor dem Hintergrund der erhöhten Unsicherheiten bezüglich der weiteren Entwicklung der Zinsstrukturkurve richtet sich der Fokus im Asset-Liability-Management auch auf die Analyse verschiedener Extrem-szenarien (z. B. anhaltende Niedrigzinsphase, Hochzinsphase) und leitet entsprechende Maßnahmen für eine optimierte Unternehmenssteuerung ab. Darüber hinaus liefern die ALM-Studien wesentliche Erkenntnisse für die Entwicklung optimierter Produkte sowie für die Verfolgung einer nachhaltigen Eigenmittelstrategie.

Die Ergebnisse der ALM-Studien und daraus abgeleitete konkrete Handlungsempfehlungen werden im ALM-Komitee, in welchem neben dem Vorstand auch die Führungskräfte aus den Bereichen Kapitalanlagen, Versicherungsmathematik, Risikomanagement, Rechnungswesen, Strategie und Vertrieb sowie der Verantwortliche Aktuar vertreten sind, ausführlich erörtert.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Durch das Risikomanagementsystem des Konzerns werden wesentliche oder bestandsgefährdende Risiken frühzeitig erkannt. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich gegenwärtig keine Entwicklungen abzeichnen, die den Fortbestand des Konzerns substantiell bedrohen.

Mit einer aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsquote auf Ebene der Einzelunternehmen von 180,8 % für die Verka PK und 267,5 % für den Verka VK verfügen die Konzernunternehmen über eine angemessene Eigenmittelausstattung.

Die Risikotragfähigkeit des aufsichtsrechtlichen Kapitalanlagen-Stresstests (BaFin-Stresstest) ist per 31. Dezember 2021 für alle Konzernunternehmen mit einem positiven Ergebnis in allen vier Szenarien gegeben.

Prognosen- und Chancenbericht

Die am 24. Februar 2022 schreckliche Wahrheit gewordene russische Invasion hat bis zur Aufstellung dieses Geschäftsberichtes einen ungewissen Ausgang. Sicher ist, dass es sich um den schlimmsten Krieg seit 1945 in Europa handelt und die europäische Friedensordnung schwer beschädigt ist. Russland bricht Völkerrecht und verstößt gegen die gemeinsam vereinbarten Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen und der Charta von Paris.

Sanktionen und Gegensanktionen beeinflussen insbesondere die Erdgas- und Rohstofflieferungen. Die Situation ist deshalb besonders schwierig, weil die Erdgaspreise und vor allem die Rohölpreise Anfang des Jahres 2022 ohnehin schon stark angestiegen waren. Die Hoffnung auf eine Auflösung der globalen Lieferkettenprobleme im zweiten Halbjahr liegen damit genauso auf Eis wie die als Wachstumstreiber geltenden umweltpolitischen Themen.

Angesichts der Auswirkungen auf das Wachstum, gilt es bereits jetzt schon als sicher, dass die Geldpolitik auf weiteres keinen strikteren Kurs einschlagen wird. Aber auch vor Ausbruch des Krieges hatten die Notenbanken signalisiert, höhere Teuerungsraten zulassen zu wollen. Die Geldpolitik bleibt daher auch auf mittlere Sicht vergleichsweise restriktiv, womit die Realzinsen nach Abzug der Inflation negativ bleiben. Für viele Anleger sind festverzinsliche Anlagen daher keine Option mehr. Für BaFin regulierte Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge sind sie weiterhin Pflichtbestandteil im Portfolio. Der Verka VK hat sich daher entschieden, seinen Versicherten einen fondsgebundenen Tarif anzubieten, der je nach Ausgestaltung Anlagen mit negativen Realzinsen reduziert und damit den dynamischen Verpflichtungen der Kunden besser entspricht. Die Tochtergesellschaft Verka PK bietet bereits fondsgebundene Tarife an, so dass sich aus Konzernsicht Synergien ergeben werden.

Mittelfristig erwartet der Vorstand Wachstumspotential aus diesen Tarifen. Für die kommenden zwei Jahre liegen die gesamten prognostizierten Beiträge zunächst bei 48 und 45 Mio. Euro. Sie sind damit deutlich rückläufig gegenüber dem von Einmalbeiträgen geprägten Berichtsjahr. Die Tochtergesellschaft Verka PK wird überdies aller Voraussicht nach den Bestand einer diakonischen Altersvorsorgeeinrichtung übernehmen. Hier durch wächst das Volumen um weitere rund 10 Mio. Euro. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sinken nach den versicherungsmathematischen Prognosen auf 53 Mio. Euro und 52 Mio. Euro in den Jahren 2022 und 2023.

Die Erträge aus Kapitalanlagen (vor dem Abzug von Aufwendungen für Kapitalanlagen) werden in den Jahren 2022 und 2023 mit jeweils rund 48 und 49 Mio. Euro erwartet. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen liegen in den nächsten beiden Jahren erwartungsgemäß jeweils bei rund 1,8 Mio. EUR. Abschreibungen in Folge von dauerhaften Wertminderungen als Folge der geopolitischen Situation sind nicht in der Prognose enthalten. Hierzu berichten wir im Nachtragsbericht des Anhangs.

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb steigen künftig moderat an. Hintergrund sind allgemeine Kostensteigerungen und zu erwartende Tarifabschlüsse. Die Kostensituation ist unter Beobachtung und wird genauestens analysiert.

Der Vorstand erwartet für die kommenden beiden Jahre einen stabilen Rohüberschuss, der in beiden Jahren dann letztmalig durch die geplante Abwicklung des Bestandes einer Landeskirche (über insgesamt 10 Jahre) positiv beeinflusst ist.

Konzernabschluss

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021

AKTIVSEITE	EUR	EUR	EUR	EUR	TEUR
					Vorjahr
A. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				2.317.170,78	2.222
B. Kapitalanlagen					
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			8.933.628,00		8.649
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		25.000,00			100
2. Beteiligungen		61.566.870,72			66.283
			61.591.870,72		66.383
III. Sonstige Kapitalanlagen					
Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere					
1. nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.148.021.896,60			1.126.627
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		253.249.744,44			238.784
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen			0,00		65
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	270.396.809,81				272.563
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	72.867.550,00				82.868
c) Übrige Ausleihungen	431.161,11				449
		343.695.520,92			355.880
5. Einlagen bei Kreditinstituten		21.711.077,49			43.711
6. Andere Kapitalanlagen		96.668,00			97
			1.766.774.907,45		1.765.164
				1.837.300.406,17	1.840.196
C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				15.995,60	5
D. Forderungen					
Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer			761.992,21		343
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			77.157,83		76
III. Sonstige Forderungen					
davon:					
an verbundene Unternehmen: 155.152,20 EUR (Vj. 111.360,00 EUR)					
an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht: 780.299,09 EUR (Vj. 866.633,45 EUR)			4.237.467,07		4.647
				5.076.617,11	5.066
E. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			147.792,00		164
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			76.318.412,35		48.013
III. Andere Vermögensgegenstände			5.729.575,98		5.687
				82.195.780,33	53.864
F. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			6.741.504,91		6.630
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			287.579,62		224
				7.029.084,53	6.854
Summe der Aktiva				1.933.935.054,52	1.908.207

PASSIVSEITE	EUR	EUR	EUR	TEUR
				Vorjahr
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		24.001.444,07		23.281
2. andere Gewinnrücklagen		577.918,71		220
			24.579.362,78	23.501
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		464.098,37		506
II. Deckungsrückstellung		1.679.841.169,39		1.653.869
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		1.635.657,75		1.633
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		189.731.807,57		189.194
			1.871.672.733,08	1.845.202
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird			15.995,60	5
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		6.312.319,00		5.959
II. Steuerrückstellungen		2.451.385,40		1.841
III. Sonstige Rückstellungen		967.386,00		1.151
			9.731.090,40	8.951
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	25.846.417,82			28.003
2. Versicherungsvermittlern	56.953,61			61
		25.903.371,43		28.064
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		318.519,80		163
III. Sonstige Verbindlichkeiten				
davon:				
gegenüber verbundenen Unternehmen: 52.057,74 EUR (Vj. 112.864,46 EUR)				
aus Steuern: 113.071,21 EUR (Vj. 106.160,75 EUR)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 EUR (Vj. 1.189,61 EUR)		1.706.947,61		2.312
			27.928.838,84	30.539
F. Rechnungsabgrenzungsposten			7.033,82	9
Summe der Passiva			1.933.935.054,52	1.908.207

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

	EUR	EUR	EUR	TEUR
				Vorjahr
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	95.708.058,21			46.413
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	410.889,46			245
		95.297.168,75		46.168
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		42.196,95		35
			95.339.365,70	46.203
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			187.007,76	63
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		5.772.282,78		1.623
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	357.821,88			335
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	49.487.839,19			45.342
		49.845.661,07		45.677
c) Erträge aus Zuschreibungen		241.790,24		
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		3.276.687,52		1.591
			59.136.421,61	48.891
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			1.997,93	0
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			15.873,90	6
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	56.745.434,54			57.344
bb) Anteil der Rückversicherer	50.930,24			47
		56.694.504,30		57.297
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		3.140,45		490
			56.697.644,75	57.787
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			25.982.999,63	-23.906
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			50.772.940,46	36.606
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	1.132.575,72			956
b) Verwaltungsaufwendungen	2.199.755,12			2.019
		3.332.330,84		2.975
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		50.238,74		48
			3.282.092,10	2.927
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.765.408,65		1.460
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		10.728.125,63		13.971
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		107.323,45		139
			12.600.857,73	15.570
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			19,26	
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			149.272,33	300
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			5.194.840,64	5.879
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		1.659.865,93		1.572
2. Sonstige Aufwendungen		4.824.071,14		4.574
			-3.164.205,21	-3.002
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			2.030.635,43	2.877
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			942.755,95	2.437
5. Sonstige Steuern			9.896,35	10
6. Konzernjahresüberschuss			1.077.983,13	430
7. Einstellungen in die Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG			720.064,42	210
b) in andere Gewinnrücklagen			357.918,71	220
8. Konzernbilanzgewinn			0,00	0

Konzernanhang

Grundsätze

Erläuterungen zur Konzernbilanz

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Sonstige Angaben

Grundsätze

Angaben zum Mutterunternehmen

Mutterunternehmen ist der Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG mit Sitz in Berlin. Das Mutterunternehmen ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg (Berlin) unter der Registernummer HRB 71095 registriert.

Aufstellung

Der vorliegende Konzernabschluss wurde gemäß dem Handelsgesetzbuch (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) und dem Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) aufgestellt.

Darüber hinaus wurden die einschlägigen Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) beachtet.

Konsolidierungskreis

Einbezogene Unternehmen	Kapitalanteil %	Eigenkapital 2021 TEUR	Buchwert 2021 TEUR	Ergebnis 2021 TEUR
Verka PK Kirchliche Pensionskasse AG, Berlin	100	38.000	16.073	0

Die Verka Pensionsmanagement GmbH, Berlin, wurde gemäß § 296 Abs. 2 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen. Die Gesellschaft weist eine Bilanzsumme von 181 TEUR und ein Jahresergebnis von 0 TEUR aus und ist insofern für die Vermittlung eines des tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung. Des Weiteren wurde auch die Verka Invest GmbH, Berlin nicht mit in den Konzernabschluss mit einbezogen, die Gesellschaft wurde im Geschäftsjahr verkauft.

Konsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung erfolgt nach der Neubewertungsmethode. Die Grundlage bilden die Wertansätze zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des Tochterunternehmens Verka PK in den Konzernabschluss. Im Rahmen der Erstkonsolidierung der Verka PK ergaben sich keine Unterschiedsbeträge; stille Reserven oder Lasten waren zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung nicht vorhanden.

Erträge und Aufwendungen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen den einbezogenen Unternehmen wurden konsolidiert.

Zwischenergebniseliminierungen waren nicht erforderlich. Latente Steuern auf Grund von Konsolidierungsmaßnahmen waren nicht zu bilden.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzansätze der Vermögensgegenstände und Schulden konnten aus den Einzelabschlüssen unverändert übernommen werden. Dabei wurden Wertansätze, die auf den für Versicherungsunternehmen anzuwendenden Vorschriften beruhen, beibehalten. Die Anforderungen gemäß § 308 HGB hinsichtlich der einheitlichen Bewertung sind erfüllt.

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig linear abgeschrieben.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip mit den Anschaffungskosten, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen, und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Investmentanteilen wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 423 TEUR nicht vorgenommen.

Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich mit den Anschaffungskosten angesetzt. Die Bewertung erfolgt in Abhängigkeit von der Zuordnung zum Anlagevermögen oder Umlaufvermögen. Für das Umlaufvermögen erfolgen Abschreibungen auf den Stichtagskurs, sofern der Zeitwert unter dem Buchwert liegt (strenges Niederstwertprinzip). Im umgekehrten Fall erfolgen Zuschreibungen maximal bis zu den Anschaffungskosten. Für die Vermögensteile, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wird entsprechend dem gemilderten Niederstwertprinzip überprüft, ob dauerhafte Wertminderungen vorliegen. Das Wahlrecht zur Abschreibung bei voraussichtlich vorübergehender Wertminderung bei den Inhaberschuldverschreibungen wurde nicht ausgeübt und Abschreibungen in Höhe von 1.653 TEUR nicht vorgenommen. Die Bewertung der Zero-Inhaberschuldverschreibungen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich der als realisiert geltenden Zinsen.

Namenschuldverschreibungen werden grundsätzlich in Höhe ihres Nennwertes ausgewiesen und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Beim Kauf von Namenschuldverschreibungen anfallende Disagio- oder Agiobeträge werden entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die künftigen Jahre verteilt. Die Bewertung der Zero-Namenschuldverschreibungen erfolgt zu Anschaffungskosten zuzüglich der als realisiert geltenden Zinsen.

Schuldscheinforderungen und Darlehen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Ggfs. anfallende Disagio- oder Agiobeträge werden entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die künftigen Jahre verteilt.

Übrige Ausleihungen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die Bewertung von **Einlagen bei Kreditinstituten** erfolgt mit dem Nennwert.

Die **Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice**n werden gemäß § 341d HGB zu Zeitwerten bilanziert. Dabei werden die Rücknahmepreise der Investmentanteile zur Ermittlung der Zeitwerte herangezogen.

Die **anderen Kapitalanlagen** werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, angesetzt.

Die **Forderungen an Versicherungsnehmer, die Abrechnungsforderungen** und die **sonstigen Forderungen** sind mit ihrem Nennwert, vermindert um erforderliche Wertberichtigungen, bilanziert.

Die zur **Betriebs- und Geschäftsausstattung** gehörenden Gegenstände sind zu Anschaffungskosten bewertet und unter Zugrundelegung individueller Nutzungsdauern linear abgeschrieben worden. Im Berichtsjahr erworbene geringwertige Wirtschaftsgüter werden entsprechend der steuerlichen Behandlung abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand sowie **andere Vermögensgegenstände** sind mit dem Nennwert bewertet. In den anderen Vermögensgegenständen sind ausschließlich vorgezahlte Rentenleistungen enthalten.

Die unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** ausgewiesenen noch nicht fälligen Zinsen werden zum Nominalwert bilanziert. Ausgaben, soweit sie Aufwendungen nach dem Bilanzstichtag darstellen, wurden in die sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten einbezogen.

Von dem Wahlrecht zum Ansatz des **aktiven latenten Steuerüberhangs** aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht. Gemäß dem Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 3 HGB werden die latenten Steuern saldiert. Latente Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen gem. § 306 HGB waren nicht zu verzeichnen.

Das **Eigenkapital** wird zum Nennwert bilanziert.

Die Bilanzierung und Bewertung der **versicherungstechnischen Rückstellungen** erfolgte unter Beachtung der §§ 341e bis 341h HGB.

Die **Beitragsüberträge** werden für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung der jeweiligen Beitragsfälligkeit ermittelt.

Die **Deckungsrückstellung** wird gemäß §§ 341f Abs. 1, 252 Abs. 1 HGB einzelvertraglich nach der prospektiven Methode unter impliziter Berücksichtigung der Kosten ermittelt; sie umfasst auch die Verwaltungskostenrückstellung für beitragsfreie Versicherungszeiten. Die Verpflichtungen aus Versicherungsverhältnissen werden mit den Rechnungsgrundlagen der Prämienkalkulation bewertet, sofern diese mit der Rententafel DAV 2004 R durchgeführt wurde. Anderenfalls wird die Bewertung auf der Basis der Rententafel DAV 2004 R-Bestand unter Berücksichtigung der Trendempfehlung der Deutschen Aktuarvereinigung e. V. für das Jahr 2021 vorgenommen. Der Rechnungszins beträgt für den ausschließlich bei der Verka PK vorhandenen Altbestand einheitlich 3,50 %. In den Geschäftsplan wurden zur Bildung einer

Zinszusatzreserve Vorschriften analog zur Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) und ein Referenzzins zum 31. Dezember 2021 in Höhe von 1,65 % aufgenommen. Der Referenzzinssatz lag zum 31. Dezember 2021 unterhalb des verwendeten Rechnungszinses. Dementsprechend wurde im Altbestand zum 31. Dezember 2021 eine Zinszusatzreserve in Höhe von 63,0 Mio. EUR gestellt. Im Neubestand der Konzernunternehmen wird je Versicherungsverhältnis der Höchstzinssatz gemäß § 2 DeckRV in der jeweils zur Begründung gültigen Fassung verwendet. Der Referenzzins für den Neubestand gemäß DeckRV betrug 1,57 %. Deswegen war zum 31. Dezember 2021 eine Zinszusatzreserve für die Teilbestände mit einem verwendeten Rechnungszins von 3,25 %, 2,75 %, 2,25 % und 1,75 % in Höhe von 31,3 Mio. EUR zu bilden. Sowohl im Alt- als auch im Neubestand der Verka PK wurden bei der Ermittlung der Zinszusatzreserve, die für die nächsten bis zu fünfzehn Jahre gebildet wird, Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten zum vereinbarten Altersrentenbeginn berücksichtigt. Das Invaliditätsrisiko wird auf der Grundlage der Tafeln DAV 1997 I, TI, RI sowie DAV 1998 E, TE und RE bewertet. Die Deckungsrückstellung für seit dem 21. Dezember 2012 begründete Versicherungsverhältnisse wird genau wie die Prämienkalkulation mit einem geschlechtsunabhängigen Ansatz bewertet. Die so ermittelte Deckungsrückstellung ist zum 31. Dezember 2021 nicht kleiner als eine geschlechtsspezifisch ermittelte. Die Verwaltungskosten werden grundsätzlich als Zuschlag der versicherten Renten angesetzt, wobei die in den Geschäftsunterlagen festgelegten rechnungsmäßigen Sätze berücksichtigt werden.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wird einzelvertraglich für die am Bilanzstichtag bekannten, aber noch nicht abschließend regulierten Versicherungsfälle sowie pauschal für bis zum Abschlussstichtag eingetretene, aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle ermittelt und in Höhe des Risikokapitals zuzüglich der bereits fällig gewordenen, aber noch nicht ausgezahlten Leistungen bilanziert. Schadenregulierungsaufwendungen werden pauschal mit 2,0 % der Rückstellung angesetzt.

Aus der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** werden insbesondere Schlussüberschussanteile finanziert. Der Schlussüberschussanteilfonds wird so berechnet, dass für jedes Versicherungsverhältnis zum Bilanzstichtag der für jedes Jahr der Rentenbezugsphase vorgesehene anteilige Schlussüberschussanteil nach Maßgabe der aktuellen Deklaration reserviert wird. Abgezinst wird dabei mit einem Diskontsatz von 3,5 % für Versicherungsverhältnisse, die vor dem 1. Januar 2017 begründet wurden und einem Diskontsatz von 1,5 % für später begründete Versicherungsverhältnisse.

Die **versicherungstechnischen Rückstellungen soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird** werden nach der retrospektiven Methode aus den vorhandenen Fondsanteilen der einzelnen Versicherungsverhältnisse ermittelt. Die Fondsanteile werden am Bilanzstichtag zum Zeitwert bewertet.

Die **Pensionsrückstellungen** wurden nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) bewertet; als Rechnungsgrundlagen wurden die Heubeck-Richttafeln 2018 G von Klaus Heubeck mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre in Höhe von 1,87 % verwendet. Zur Bestimmung des Rechnungszinses wurde gemäß § 253 Absatz 2 Satz 2 HGB eine pauschale Restlaufzeit der Versorgungsverpflichtungen von 15 Jahren unterstellt. Für die Bewertung wurden erwartete Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie eine Rentendynamik von jeweils 2,0 % pro Jahr angenommen. Zur Berücksichtigung eines Ausscheidens vor Eintritt des Versorgungsfalls wurden die Fluktuationswahrscheinlichkeiten der HEUBECK-RICHTTAFELN 2018 G zur Anpassung an die Verhältnisse der Gesellschaft mit einem alters- und geschlechtsunabhängigen Faktor von 0,5 multipliziert. Für aktive Vorstände wurde auf den Ansatz von Fluktuationswahrscheinlichkeiten verzichtet. Die ausgewiesenen Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren sind um 455.334 EUR (Vj.

592.853 EUR) geringer als bei Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren in Höhe von 1,35 % (Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Absatz 6 HGB).

Die **Steuerrückstellungen** sowie die **sonstigen Rückstellungen** wurden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Die unter den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen **Rückstellungen für Jubiläumsverpflichtungen** wurden auf Basis derselben Rechnungsgrundlagen und Bewertungsparameter ermittelt, die der Bewertung der Pensionsverpflichtungen zugrunde lagen. Abweichend hiervon wurde als Rechnungszins der durchschnittliche Marktzinssatz aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren in Höhe von 1,35 % verwendet.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Versicherungsnehmern und Versicherungsvermittlern, Abrechnungsverbindlichkeiten** sowie die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

In den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind im Wesentlichen Disagiobeträge auf Namensschuldverschreibungen enthalten, die entsprechend der tatsächlichen Laufzeit auf die künftigen Jahre linear verteilt werden.

Erläuterungen zur Konzernbilanz

Entwicklung der Aktivposten A, B.I., B.II und B.III. im Geschäftsjahr 2021

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr TEUR	Zugänge TEUR	Abgänge TEUR	Zuschreibungen TEUR	Abreibungen TEUR	Bilanzwerte Geschäftsjahr TEUR
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.222	527	0	0	432	2.317
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.649	547	0	0	262	8.934
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	100		75	0	0	25
2. Beteiligungen	66.282	2.845	7.561	0		61.566
3. Summe B.II.	66.382	2.845	7.636	0	0	61.591
B.III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1.126.628	32.999	1.398	242	10.448	1.148.022
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	238.785	37.300	22.835	0	0	253.250
3. Hypotheken, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	65	0	65	0	0	0
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuldverschreibungen	272.563	11.755	13.922	0	0	270.396
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	82.867	0	10.000	0	0	72.867
c) Übrige Ausleihungen	449	0	0	0	18	431
5. Einlagen bei Kreditinstituten	43.711	0	22.000	0	0	21.711
6. Andere Kapitalanlagen	97	0	0	0	0	97
7. Summe B.III.	1.765.165	82.054	70.220	242	10.466	1.766.775
Insgesamt	1.842.418	85.973	77.855	242	11.160	1.839.617

Ergänzende Angaben zu den Kapitalanlagen

Das selbstgenutzte Geschäftsgrundstück ist anhand eines auf dem Ertragswertverfahren basierenden Verkehrswertgutachtens bewertet. Die letzte Wertermittlung durch einen sachverständigen Gutachter gemäß § 55 Abs. 3 Satz 1 RechVersV wurde im Jahr 2020 vorgenommen. Der selbstgenutzte Anteil am Buchwert des Geschäftsgrundstücks beträgt zum Bilanzstichtag 8.327 TEUR.

Die Ermittlung der Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt mit ihrem Ertragswert. Die Wertminderungen der Beteiligungen an der Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIX und Teilfonds XX, die sich noch in der Investitionsphase befinden, in Höhe von 0,1 Mio. EUR und weniger als 0,1 Mio. EUR resultieren aus den vergleichsweise hohen Anlaufkosten im Verhältnis zu dem noch nicht voll abgerufenen Kapital, da die Fees bei derartigen Investments üblicherweise auch bereits während der Investitionsphase auf den vollen Zeichnungsbetrag berechnet und auf der anderen Seite vorerst nur in eingeschränktem Maße Erträge generiert werden. Daher wird davon ausgegangen, dass die Wertminderungen nicht dauerhaft sind, so dass keine Abschreibungen vorgenommen wurden.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Börsenkursen bewertet. Diese Kapitalanlagen sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen

zugeordnet. Abschreibungen auf die niedrigeren beizulegenden Zeitwerte gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB sind in Höhe von insgesamt 0,4 Mio. EUR auf Investmentanteile mit einem Buchwert von insgesamt 29,9 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Bezug auf einen Renten- und einen Immobilienfonds voraussichtlich nicht von Dauer waren.

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere erfolgt mit dem Renditekurs, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Inhaberschuldverschreibungen mit einem Buchwert von 247,5 Mio. EUR sind gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Abschreibungen auf den Zeitwert sind in Höhe von 1,6 Mio. EUR auf Anleihen mit einem Buchwert von 41,8 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsmindernde Einflüsse resultierten.

Sonstige Ausleihungen (ohne übrige Ausleihungen) sind mit dem Renditekurs bewertet, sofern ein Börsenkurs nicht vorliegt. Abschreibungen auf den Renditekurs sind in Höhe von 1,9 Mio. EUR auf sonstige Ausleihungen (ohne übrige Ausleihungen) mit einem Buchwert von 36,0 Mio. EUR nicht vorgenommen worden, da die Wertminderungen in Anbetracht der bestehenden Kapitalgarantien voraussichtlich nicht von Dauer waren und ausschließlich aus der Zins- bzw. Spreadentwicklung ohne bonitätsmindernde Einflüsse resultierten.

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr i. H. v. 1.618 TEUR resultieren aus Zinsforderungen aus einem einfach strukturierten Kapitalanlageprodukt mit Fälligkeit 25. Juni 2025.

Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	Anteil %	Eigenkapital 2021 TEUR	Buchwert 2021 TEUR	Jahreser- gebnis 2021 TEUR
Verka Pensionsmanagement GmbH, Berlin	100,00	25,00	25,00	0,00
Verka Invest GmbH, Berlin	100,00	0,00	0,00	0,00
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X, Findel-Golf, Luxemburg *	3,73	217.538,89		30.875,40
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII, Findel-Golf, Luxemburg *	1,52	543.666,30		7.479,48
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII, Findel-Golf, Luxemburg *	1,01	449.517,56		6.758,55
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIX, Findel-Golf, Luxemburg *	1,93	188.070,61		-9.859,66
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XX, Findel-Golf, Luxemburg *	2,28	115.194,71		1.789,29
CAM Global Infrastructure Fund SICAV-FIS, Luxemburg **	7,00	48.015,29		-15.888,60
German Access Fund L.P. (GAF), London, Großbritannien *	2,19	224.070,67		-17.879,00
SUSI Energy Efficiency Fund (EUR), Munsbach, Luxemburg **	5,00	198.219,37		12.721,00
European Solar Power Fund Nr. 1 GmbH & Co. KG, Grünwald	4,35	173.484,79		13.633,69
European Sustainable Power Fund Nr. 2 GmbH & Co. KG, Grünwald	3,00	418.517,00		11.717,00

*Wert aus 2020

**Wert aus 2019

Anteile an Investmentvermögen

Anlageschwerpunkt	Balanced (Aktien global / Unternehmensanleihen Europa)	Aktien Europa	Aktien Emerging Markets	Wandel- und Unternehmensanleihen global	Staatsanleihen Europa
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen
Buchwert 31.12.2021 TEUR	192.442	29.970	47.843	150.125	108.486
Marktwert 31.12.2021 TEUR	214.336	36.151	47.843	161.846	108.486
Bewertungsreserve 31.12.2021 TEUR	21.894	6.181	0	11.721	0
Abschreibung / Zuschreibung 2021 TEUR	0	0	-3.444	0	-1.150
Ertragsaus-schüttungen 2021 TEUR	5.485	927	1.547	4.167	1.764
Anlageziel und Anlagekonzept	<p>Ausgewogenes Risiko-Rendite-Verhältnis durch Aufteilung in Aktien- und Bondteil, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien durch Verwendung nachhaltiger Custom-Indizes</p> <p>Aktienteil: Positive Performance aus einem passiv gesteuerten Aktienportfolio (60 % MSCI Europe Select SRI, 40 % MSCI World Select SRI) bei gleichzeitiger Minderung des Kursverlustrisikos durch langfristiges Optionssicherungskonzept, Vereinnahmung der Dividenden</p> <p>Bondteil: Marktgerechte Rendite aus einem passiv gesteuerten europäischen Unternehmensanleihenportfolio (Bloomberg Barclays MSCI Europe TR Index)</p>	<p>Positive Performance aus einem aktiv gesteuerten Portfolio europäischer Aktien mit Fokus auf dividendenstarken Titeln bei gleichzeitiger Minderung des Kursverlustrisikos durch Steuerung des Investitionsgrades unter Berücksichtigung einer Wertsicherungsgrenze, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermingeschäfte, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien</p>	<p>Positive Performance aus einem passiv gesteuerten Portfolio von Emerging-Markets-Aktien mit Fokus auf dividendenstarken Titeln bei gleichzeitiger Minderung des Kursverlustrisikos durch Steuerung des Investitionsgrades unter Berücksichtigung einer Wertsicherungsgrenze, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien</p>	<p>Positive Performance aus einem aktiv gesteuerten gemischten Wertpapierportfolio (ca. 40 % in globalen Wandelanleihen einschließlich synthetischer Wandelanleihen bei gleichzeitiger Minderung des Kursverlustrisikos durch Vorgabe einer Wertuntergrenze, jeweils ca. 30 % in globalen Unternehmensanleihen und Emerging-Markets-Unternehmensanleihen), Absicherung von Fremdwährungsrisiken, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien</p>	<p>Marktgerechte Rendite aus einem aktiv gesteuerten europäischen Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade-Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. ggf. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäfte, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien</p>
Anteilrückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich

Anlage-schwerpunkt	EUR-Unternehmens-anleihen	Staatsanleihen Emerging Markets	Timber-Immobilien/ Beteiligungen global	Wohnimmobilien Europa
Anlagevehikel bzw. Rechtsform	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Inländisches Wertpapier-Spezial-Sondervermögen	Luxemburgische SICAF-SIF (Aktiengesellschaft)	Inländisches Immobilien-Spezial-Sondervermögen
Buchwert 31.12.2021 TEUR	269.315	127.576	20.000	9.999
Marktwert 31.12.2021 TEUR	286.830	127.576	24.721	9.949
Bewertungsreserve 31.12.2021 TEUR	17.514	0	4.721	-51
Abschreibung / Zuschreibung 2021 TEUR	0	-5.739	0	0
Ertragsaus-schüttungen 2021 TEUR	10.285	0	836	13
Anlageziel und Anlagekonzept	Marktgerechte Rendite aus einem aktiv gesteuerten europäischen Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen mit deutlichem Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade-Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Beschränkung auf EUR-Anleihen bzw. ggf. Absicherung von USD-Positionen zur Beimischung durch Devisentermingeschäfte, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien	Marktgerechte Rendite aus einem aktiv gesteuerten Emerging-Markets-Staatsanleihenportfolio einschließlich staatsnaher Unternehmen, multilateraler Förderbanken und Agencies mit Schwerpunkt auf Anleihen mit Investment-Grade-Rating, Ausschluss von Fremdwährungsrisiken durch Devisentermingeschäfte, strikte Beachtung von Nachhaltigkeitskriterien	Partizipation an der positiven Wertentwicklung von Immobilien aus dem Waldsektor in Australien, Finnland, Schottland und Neuseeland sowie Generierung von Einnahmen aus der Vermietung bzw. Verpachtung der Immobilien; daneben wird die Teilhabe an den Ergebnissen von Bewirtschaftungsgesellschaften aus dem Wald- und Forstsektor ermöglicht, Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien, Zertifizierung	Marktgerechte Rendite aus Wohnimmobilien mit Fokus auf Mikroapartments für Studenten und Mobile Professionals in europäischen Bildungsmetropolen (insbesondere BeNe-Lux, Frankreich, Spanien, Portugal, Irland, Italien, sekundär Deutschland), Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien mit Fokus auf Umwelt- und sozialen Themen
Anteilrückgabe	Täglich unbeschränkt möglich	Täglich unbeschränkt möglich	Bei hinreichender Liquidität kurzfristig möglich, ansonsten vertraglich nach spätestens zwei Jahren	Mit einer Frist von einem Jahr mit Wirkung zum Ende eines Geschäftsjahres möglich

Latente Steuern

Aktive latente Steuern ergaben sich im Wesentlichen aus unterschiedlichen Wertansätzen und steuerlichen Ausgleichsposten betreffend das Investmentvermögen sowie aus Personalarückstellungen. Passive latente Steuern ergaben sich im Wesentlichen aus steuerfreien Rücklagen betreffend das Investmentvermögen. Vor dem Hintergrund eines Überhangs der aktiven latenten Steuern wurde dieser nach dem Wahlrecht des § 274 HGB nicht aktiviert.

Ein sich ergebender Überhang aktiver latenter Steuern wurde analog der Ausübung des Wahlrechts in den jeweiligen Einzelabschlüssen nicht angesetzt. Latente Steuern aus Konsolidierungsmaßnahmen gem. § 306 HGB waren nicht zu verzeichnen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	TEUR
Stand 31.12.2020	23.501
Zuführung aus Jahresüberschuss	1.078
Stand 31.12.2021	24.579

Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen sind überwiegend Beträge für Jahresabschlussarbeiten enthalten.

Andere Verbindlichkeiten

In den Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern sind gutgeschriebene Überschussanteile in Höhe von 15.850 TEUR enthalten; diese entfallen ausschließlich auf besondere Abrechnungsverbände.

Die gutgeschriebenen Überschussanteile wurden im Berichtsjahr mit 0,9 % verzinst.

Alle Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von weniger als 5 Jahren.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagien auf Namensschuldverschreibungen in Höhe von 7 TEUR enthalten.

Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Gebuchte Beiträge für eigene Rechnung

	Vorjahr TEUR	Geschäftsjahr TEUR
Laufende Beiträge	37.064	38.127
Einmalbeiträge	9.349	57.581
	46.413	95.708

Die Beiträge betreffen ausschließlich das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und entfallen fast ausschließlich auf Pensionsversicherungen im Kollektivgeschäft. Der Anteil der Einzelversicherungen ist von untergeordneter Bedeutung. Die Beiträge betreffen ausschließlich Verträge mit Gewinnbeteiligung und werden ausschließlich im Inland erwirtschaftet.

Aufwendungen für Kapitalanlagen

Die Abschreibungen setzen sich wie folgt zusammen:

	TEUR
Außerplanmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	10.466
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagevermögen	262
	10.728

Sonstige Aufwendungen

In den sonstigen Aufwendungen ist der Aufwand aus der Verzinsung von Pensionsrückstellungen sowie von Rückstellungen für Jubiläumsgeld in Höhe von 480 TEUR (Vj. 462 TEUR) enthalten.

Provisionen und Personalaufwendungen

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personal-Aufwendungen	Vorjahr	Geschäftsjahr
	TEUR	TEUR
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	205	200
2. Löhne und Gehälter	4.532	4.674
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	750	793
4. Aufwendungen für Altersversorgung	361	315
5. Aufwendungen insgesamt	5.848	5.982

Davon wurden 938 TEUR (Vj. 896 TEUR) für erbrachte Dienstleistungen weiterbelastet, so dass im Ergebnis 5.044 TEUR (Vj. 4.952 TEUR) bei dem Verka-Konzern verbleiben.

Aufwendungen an den Pensionssicherungsverein

Es wurden Aufwendungen für Beiträge an den Pensionssicherungsverein in Höhe von 3 TEUR abgeführt.

Sonstige Angaben

Sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse

Folgende Tabelle stellt die zum Bilanzstichtag noch offenen Kapital- bzw. Zeichnungszusagen des Konzerns dar:

	Zeichnungs- volumen	Bis 31.12.2021 erfolgte Kapitalabrufe kumuliert	Investitions- stand per 31.12.2021	Offene Kapitalzusage
	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds X	10,0	9,1	91	0,9
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIII	10,0	9,1	91	0,9
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XVII	5,0	4,5	90	0,5
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XIX	10,0	6,0	60	4,0
Private Capital Pool SICAV-SIF (S.A.) Teilfonds XX	5,0	2,5	50	2,5
CAM Global Infrastructure Fund SICAV-FIS, Luxemburg	12,9	12,1	94	0,8
German Access Fund L.P.	5,0	4,6	91	0,4
Alpha European Private Dep 1 SA	5,0	4,6	92	0,4
Alpha European Private Dep 4 SA	5,0	3,7	74	1,3
Alpha European Private Dep 6 SA	5,0	0,6	12	4,4
Berenberg Digital Infrastructure Dept Fund I	5,0	2,8	57	2,2
DWS European Direct Lending Funds S.á.r.l. SCS-SIVAV RAIF	10,0	6,8	68	3,2
	Mio. USD	Mio. USD	%	Mio. USD
BlackRock Asia Property Fund V	10,0	1,7	17	8,3
AXA IM PRIME IMPACT MASTER FUND I SCA SICAV-RAIF	10,0	2,2	22	7,8

Der Verka VK hat im Berichtsjahr festverzinsliche Wertpapiere mit einem Nennwert von insgesamt 12,5 Mio. EUR als Sicherheiten in Bezug auf einen Rückversicherungsvertrag zur Absicherung des Aufwands zur Bildung von Zinszusatzreserve bei der Tochtergesellschaft Verka PK an die Neue Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Zürich, verpfändet. Unter Zugrundelegung eines Basisszenarios, welches aus dem Kapitalmarktumfeld zum 31.12.2020 abgeleitet worden ist, ist keine Inanspruchnahme der Verpfändung anzunehmen.

Weitere aus der Bilanz nicht ersichtliche Haftungsverhältnisse sowie Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften, Garantieverträgen und Wechseln bestehen nicht.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahrs eingetreten und weder in der Gewinn- und Verlustrechnung noch in der Bilanz berücksichtigt sind

Mit Blick auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine und den damit verbundenen Angriff auf die Souveränität dieses Landes wurden bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses bereits umfangreiche Sanktionen erlassen. Diese Sanktionen erstrecken sich insbesondere auf den Ausschluss ausgewählter russischer Banken aus dem SWIFT-System, das Einfrieren von Vermögenswerten russischer Politiker und kremlnaher Geschäftsleute, die Sperrung von Lufträumen für russische Flugzeuge und das Ausfuhrverbot für Güter und Technologien. Ziel dieser Sanktionen ist die Ausübung politischen Drucks auf die handelnden Akteure und das Unterbinden der Finanzierung und Unterstützung des Kriegs Russlands gegen die Ukraine.

Die globalen wirtschaftlichen Verflechtungen erschweren eine isolierte Sanktionierung des russischen Staates bzw. des russischen Marktes, sodass Störungen von Lieferketten in Bezug auf Beschaffung und Absatz auch nicht-russische Unternehmen und Staaten direkt betreffen werden. Verstärkend kommt hinzu, dass sich global agierende Unternehmen auch grundsätzlich aus dem russischen Markt zurückziehen, sodass der russische Krieg gegen die Ukraine und die damit in Verbindung stehenden weltweiten Reaktionen auch nicht-kremlnahe Unternehmen direkt wirtschaftlich negativ beeinflusst. Nicht auszuschließen ist zudem, dass Russland ebenfalls Sanktionen gegen Unterstützer der Ukraine verhängt, welche in erster Linie die Lieferung von Rohstoffen betreffen werden.

Die im Zusammenhang mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine stehenden Folgen aus Sanktionen und unternehmerischen Entscheidungen zeigen sich zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses bereits deutlich in der Bewertung einer großen Anzahl an Vermögensgegenständen der Kapitalanlage.

Die Steuerung der aus dem russischen Krieg gegen die Ukraine resultierenden Risiken erfolgt beim Konzern VK zum einen direkt über den Abbau des ohnehin geringen Risikos in Anleihen und Aktien weit überwiegend privatwirtschaftlicher russischer Unternehmen (in Summe 2,8 Mio. EUR per 02.03.2022) sowie aktiven Risikoabbau indirekt betroffener Wertpapiere und zum anderen über die etablierten statischen und dynamischen Sicherungsstrategien im Spezialsondervermögen mit Aktiensensitivität. Starken adversen Kapitalmarktentwicklungen wird so wirkungsvoll begegnet. Die Funktionsfähigkeit dieser Sicherungsmechanismen zeigte sich bereits während der Marktverwerfungen im Rahmen der COVID-Pandemie Anfang des Jahres 2020. Zur aktiven Steuerung von Risiken von indirekt gehaltenen Wertpapieren wie in Spezialsondervermögen und anderen Fonds erfolgen zusätzlich auch Experteninterviews mit dem Fondsmanagement bzw. eine strukturierte Erhebung der mit dem jeweiligen Investments verbundenen Risiken bezogen auf den russischen Krieg gegen die Ukraine.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auch mit Blick auf den russischen Krieg gegen die Ukraine keine Risiken im Hinblick auf den Fortbestand des Unternehmens drohen. Mittelbare Folgen des Konflikts in Bezug auf sich eintrübende Wachstumsaussichten, weiter steigende Inflationsraten und Energiepreise und hieraus resultierende Belastungen an den Kapitalmärkten werden nach derzeitiger Einschätzung nicht zu existenzgefährdenden dauernden Wertminderungen im Kapitalanlagenbestand führen.

Mitarbeitende

Im Jahresdurchschnitt waren bei den einbezogenen Unternehmen 70 Mitarbeitende angestellt, davon 21 Teilzeitkräfte.

Angaben zum Vorstand

Dipl.-Kffr. Charlotte Klinnert, Vorstand Kapitalanlagen, Berlin (ab 1. März 2021)

Dipl.-Math. Ulrich Remmert, Vorstand Versicherungstechnik, Berlin (bis 31. März 2022)

Dr. Eugen Scheinker, Vorstand Versicherungstechnik, Berlin (ab 1. April 2022)

Dipl.-Kfm. Ewald Stephan, Vorstand Kapitalanlagen, Berlin (bis 30. April 2021)

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen sind durch die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 4.315 TEUR (Vj. 3.469 TEUR) berücksichtigt; die Gesamtbezüge betragen 184 TEUR (Vj. 161 TEUR).

Kredite oder gewährte Vorschüsse an Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrates gemäß § 285 Nr. 9 c) HGB bestehen zum Bilanzstichtag nicht.

Der Aufsichtsrat erhielt eine Aufwandsentschädigung von 12 TEUR (Vj. 8 TEUR).

Abschlussprüferhonorar

	Geschäftsjahr TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	206
Steuerberatungsleistungen	125
Sonstige Bestätigungsleistungen	6
	337

Berlin, den 25. April 2022

Der Vorstand

Charlotte Klinnert

Dr. Eugen Scheinker

Konzern-Kapitalflussrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2021

		2021
		EUR
1.	Periodenergebnis (Konzernjahresüberschuss/-fehlbetrag einschließlich Ergebnisanteile anderer Gesellschafter)	1.077.983,13
2.	Veränderung der versicherungstechnischen Rückstellungen (netto)	26.465.723,56
3.	Veränderungen der Depotforderungen und -Abrechnungsforderungen	-1.019,52
4.	Veränderungen der Depotforderungen und -Abrechnungsverbindlichkeiten	155.528,44
5.	Veränderungen der sonstigen Forderungen	-9.667,94
6.	Veränderung der sonstigen Verbindlichkeiten	-2.765.547,90
7.	Veränderung sonstiger Bilanzposten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	6.020.268,34
8.	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge sowie Berichtigungen des Periodenergebnisses	512.633,16
9.	Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	-3.169.364,07
10.	Ertragssteueraufwand/-ertrag	952.652,30
11.	Ertragssteuerzahlungen	-342.248,30
12.	Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	28.896.941,20
13.	Auszahlungen aus Zugängen von Sachanlagen	41.065,03
14.	Auszahlungen aus Zugängen von immateriellen Vermögensgegenständen	550.326,04
15.	Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-591.391,07
16.	Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	0,00
17.	Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds (Summe aus Ziffern 12,15 und 16)	28.305.550,13
18.	Finanzmittel am Anfang der Periode	48.012.862,22
19.	Finanzmittel am Ende der Periode ¹⁾	76.318.412,35

1) Die Finanzmittel am Ende der Periode betreffen ausschließlich laufende Guthaben bei Kreditinstituten und Kassenbestand.

Konzern-Eigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2021

	Eigenkapital des Mutterunternehmens		
	Verlustrücklage gem. § 193 VAG	Eigenkapital	Konzerneigenkapital
	EUR	EUR	EUR
Stand am 31.12.2020	23.281.379,65	23.281.379,65	23.501.379,65
Konzernjahresüberschuss	720.064,42	720.064,42	1.077.983,13
Stand am 31.12.2021	24.001.444,07	24.001.444,07	24.579.362,78

Erläuterungen zum Eigenkapitalspiegel

Das erwirtschaftete Konzerneigenkapital umfasst die Verlustrücklage im Sinne des § 193 VAG und andere Gewinnrücklagen. Die Verlustrücklage ist grundsätzlich nicht zur Ausschüttung vorgesehen.

Bestätigungsvermerk

An den Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG, Berlin

Prüfungsurteile

Wir haben den Konzernabschluss des Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG, Berlin, und seiner Tochtergesellschaft (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2021, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- › entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2021 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und
- › vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen den Geschäftsbericht. Die sonstigen Informationen umfassen nicht den Jahresabschluss, die inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben sowie unseren dazugehörigen Bestätigungsvermerk. Unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- › wesentliche Unstimmigkeiten zum Konzernabschluss, zu den inhaltlich geprüften Konzernlageberichtsangaben oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- › anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- › identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- › gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.
- › beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- › ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- › beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.
- › holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.
- › beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- › führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Berlin, den 4. Mai 2022

KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Protze

Wirtschaftsprüfer

gez. Kroll

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat hat die laufende Geschäftsführung des Vorstandes intensiv überwacht und sich in vier ordentlichen sowie drei außerordentlichen Sitzungen mit dem Vorstand beraten. Zwischen den Sitzungen ließ sich der Aufsichtsrat vom Vorstand durch schriftliche Berichte zur Geschäftslage und zu anderen aktuellen Entwicklungen informieren. Er hat den Vorstand regelmäßig überwacht, beraten und sich in Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen angemessen einbinden lassen. Der Aufsichtsratsvorsitzende hat sich darüber hinaus in weiteren persönlichen Gesprächen mit dem Vorstand über die laufenden Geschäfte der Pensionskasse informiert und beraten.

Zur Unterstützung seiner Tätigkeit hat der Aufsichtsrat Ausschüsse eingerichtet. Der Strategieausschuss beschäftigt sich mit Fragestellungen zur zukünftigen strategischen Ausrichtung des Unternehmens. Dieser Ausschuss tagte viermal im Berichtsjahr. Der Vermögensanlageausschuss befasst sich mit den Kapitalanlagen und tagte einmal im Berichtsjahr. Der Personalausschuss wurde im Rahmen der Nachbesetzung des Vorstands eingesetzt und tagte viermal im Berichtsjahr. Er hat in Zusammenarbeit mit einer Personalberatung über die Nachbesetzung des Vorstands für das Ressort II beraten und eine entsprechende Empfehlung an den Aufsichtsrat gegeben. Herr Ulrich Remmert, der die Ressortzuständigkeit für dieses Ressort innehatte, schied zum 31.03.2022 altersbedingt aus den Diensten der Gesellschaft aus. Der Aufsichtsrat hat in einer außerordentlichen Sitzung Herrn Dr. Eugen Scheinker als Nachfolger ab dem 01.04.2022 bestellt.

Zur weiteren Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Verka PK hat sich der Aufsichtsrat der Verka PK erneut für eine Überschussbeteiligung für die nicht in einem besonderen Abrechnungsverband geführten Versicherungsverhältnisse der Verka PK in Höhe von 1,75% ausgesprochen, der Aufsichtsrat der Verka VK hat dieser Vorgehensweise zugestimmt. Auch der bestehende Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag zwischen Verka PK und Verka VK wurde besprochen und soll bis auf weiteres fortgeführt werden. Zudem beriet sich der Aufsichtsrat über die Auswirkungen der Absenkung des Höchstrechnungszinses ab dem 01.01.2022.

Den besonderen Herausforderungen des Jahres 2021, die weiterhin durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie überschattet wurden, hat sich der Verka-Verbund mit großer Umsicht gestellt. Sowohl die Vertreterversammlung als auch die meisten Aufsichtsrats- und Ausschusssitzungen konnten erfolgreich digital durchgeführt werden. Die Arbeit der Verka-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurde auch in diesem Jahr weit überwiegend von zu Hause aus in gewohnt professioneller Weise ausgeführt.

Der Konzernabschluss und der Konzernlagebericht 2021 sind von der zum Abschlussprüfer bestellten KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Prinzenstraße 23, 30159 Hannover, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Die Abschlussunterlagen und der Bericht des Abschlussprüfers über die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes haben dem Aufsichtsrat vorgelegen. In der Bilanzsitzung am 13.05.2022 hat der Abschlussprüfer dem Aufsichtsrat ausführlich über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen berichtet. Von den Prüfungsergebnissen hat der Aufsichtsrat zustimmend Kenntnis genommen.

Die Erläuterungen des Vorstandes ergaben keine Einwendungen und der Aufsichtsrat erklärte sich mit den Ausführungen des Vorstandes über das Geschäftsjahr 2021 und dem vorgelegten Konzernabschluss und dem Konzernlagebericht einverstanden. Der Aufsichtsrat hat sich mit dem vom Vorstand erstatteten Konzernlagebericht und dem Konzernabschluss 2021 intensiv befasst, die Unterlagen eingehend studiert und geprüft. Der Aufsichtsrat billigt den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2021.

Nach über 13jähriger Vorstandstätigkeit ist Herr Ulrich Remmert zum 31.03.2022 altersbedingt aus der Verka ausgeschieden. Der Aufsichtsrat bedankt sich bei Herrn Remmert für sein langjähriges Engagement als Vorstandsmitglied für die Bereiche Bestandsverwaltung, Versicherungsmathematik, Personal, Recht, Risikomanagement sowie Strategie, Vertrieb und Marketing. Der Aufsichtsrat wünscht Herrn Remmert für seinen Ruhestand alles Gute. Seine Nachfolge hat zum 01.04.2022 Herr Dr. Eugen Scheinker angetreten, welcher von der BASF-Pensionskasse VVaG zur Verka wechselte. Der Aufsichtsrat heißt Herrn Dr. Scheinker herzlich willkommen und freut sich auf die Zusammenarbeit.

Berlin, den 13. Mai 2022

Der Aufsichtsrat

Dr. Jörg Antoine

Vorsitzender

Dr. Volker Knöppel

Stellvertretender Vorsitzender

Christian Ferchland

Mitglied

Hartmut Fritz

Mitglied

Helge Johr

Mitglied

Karin Kessel

Mitglied

Dr. Rolf Krämer

Mitglied

Dr. Rainer Obrock

Mitglied

Anke Poersch

Mitglied

Simone Röntgen

Mitglied

Dr. Michael Schmidt

Mitglied

Mario Wagner

Mitglied



Verka VK Kirchliche Vorsorge VVaG

Schellendorffstraße 17/19

14199 Berlin

Tel: +49 30 897907-0 | Fax: +49 30 8247213

Mail: info@verka.de | Internet: www.verka.de